

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 1**

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 19.23 Uhr)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Guten Nachmittag, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse und natürlich die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister. Ich freue mich, dass Sie, die Mitglieder des Rates, auch hier sind - nicht alle, aber dazu komme ich gleich.

Ich möchte zunächst gern Herrn Busch verpflichten, den ich bitte, zum Redepult zu kommen.

(Philipp Busch [AfD] geht zur Tribüne)

Herr Busch wurde als Nachfolger für Herrn Tritschler gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, sich alle von Ihren Plätzen zu erheben, auch die Gäste, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien und die Bezirksbürgermeister.

(Alle Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Sehr geehrter Herr Busch, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgaben als Ratsmitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz und die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Philipp Busch [AfD] nickt)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte wieder Platz.

(Alle Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

Wie bei der letzten Ratssitzung tagen wir auch heute im Großen Saal des Gürzenichs, aber dieses Mal angesichts der seit Tagen hohen und fast unveränderten Inzidenzzahlen in deutlich verkleinerter Besetzung. Das tun wir wieder, damit auch in dieser Situation die für Köln notwendigen Entscheidungen in rechtssicherer Form getroffen werden können. Ich bedanke mich bei Ihnen allen sehr herzlich, dass Sie dieses Verfahren gewählt haben. Ich glaube, das ist ein recht gutes Signal in die Stadt hinein.

Ich gehe davon aus, dass Sie sich alle mit dem QR-Code an den Türen über Ihre Corona-WarnApp zu dieser Sitzung eingechekkt haben.

Damit wir heute hier tagen können, verzichten folgende Ratsmitglieder auf die Anwesenheit im Sitzungssaal: Herr Achtelik, Frau Abé, Herr Bauer-Dahm, Herr Boyens, Herr Büschges, Herr Derichsweiler, Frau Dickas, Herr Bürgermeister Dr. Elster, Herr Erkelenz, Frau Frebel, Herr Giesen, Frau Heithorst, Frau Henk-Hollstein, Frau Hölzing-Clasen, Frau Jäger, Herr Jeschka, Herr Kaske, Frau Kessing, Herr Klemm, Herr Kockerbeck, Herr Lorenz, Herr Marx, Herr Michaelak, Frau Niknamtavin, Frau Oedingen, Herr Paetzold, Herr Philippi, Frau Recktenwald, Frau Röhrig, Herr Rudolph, Frau Ruffen, Herr Schallehn, Frau Schlömer, Frau Scho-Antwerpes, Herr Schwanitz, Frau Sommer, Herr Spehl, Herr Sterck, Herr van Benthem, Herr Welter, Frau Yazicioglu und Herr Zimmermann.

Als Stimmzählerin und Stimmzähler benenne ich Frau Karadag, Herrn Pütz und Herrn Haeming.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor, die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Frau Oberbürgermeisterin, die AfD-Fraktion würde aufgrund der heutigen Sitzung und auch angesichts der Pandemielage beantragen, dass unsere Anträge zu 3.1.2 und 3.1.4 vertagt werden auf die nächste Sitzung sowie die Tagesordnungspunkte 3.1.9 und 3.1.10. Wir wollen damit unseren Beitrag zu einer schnellen Sitzung leisten, zudem sind wir auch nicht in voller Zahl anwesend.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie wünschen, vier Tagesordnungspunkte zu vertagen?

**Christer Cremer (AfD):** Ja.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich habe das jetzt notiert. Wir werden gleich darüber abstimmen.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 2**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anfragen unter Tagesordnungspunkt 4.2 bis 4.4, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.24 bis Tagesordnungspunkt 10.27, die Gremienbesetzungen unter TOP 17.6 bis 17.12, und im nichtöffentlichen Teil wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.1, 10.1 und 10.13 abgesetzt.

Gibt es Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Die AfD hat gerade den Antrag gestellt, die Tagesordnungspunkte 3.1.2, 3.1.4, 3.1.9 und 3.1.10 zu verlagern.

Dann komme ich zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, DIE LINKE, FDP, Volt und die Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE, GUT und Herr Wortmann haben heute zum Thema KHD-Gelände einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.11.

Ich frage zunächst, ob es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit gibt. - Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen gegen die heutige Behandlung? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist der Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Auch bei dieser Sitzung, meine Damen und Herren, ist von uns allen wieder besondere Disziplin gefragt, damit wir die Sitzungsdauer so kurz wie möglich halten können. Ich schlage daher vor, die Redezeiten abweichend von den sonst üblichen fünf Minuten auf drei Minuten festzusetzen. Außerdem möchte ich mich dafür bedanken, dass Sie mitgeteilt haben, dass Sie auf Redebeiträge zu den Vorlagen so weit wie möglich verzichten und diese zu Protokoll geben. Ich hoffe, dass wir damit die Sitzung so rechtzeitig beenden können, damit wir alle vor 21 Uhr zu Hause sind und damit den Ordnungsdienst entlasten. Wir könnten das zwar sicherlich alle begründen, aber das müssten wir dann vielleicht, auch wenn wir nicht von der Person bekannt sind.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Bitte sehr, Herr Weisenstein.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir würden Beratungsbedarf anmelden zu dem Punkt 10.4. Es ist überhaupt nicht möglich, das zum derzeitigen Zeitpunkt sachgemäß zu entscheiden, da der angestoßene Prozess von

der Stadtverwaltung bezüglich des neuen Höhenkonzeptes in den Kinderschuhen steckt. Er wurde vor etwa drei Wochen begonnen, und heute nun soll ein 67 Meter hohes Hochhaus in diesem Bereich beschlossen werden. Ich bitte also um Beratungsbedarf unter 10.4.

Ebenso melden wir Beratungsbedarf zu 10.20 an. Vielleicht hat der eine oder andere gelesen, dass sich in Chorweiler bzw. in Merkenich dazu sehr viele Fragen ergeben. Wir würden gern zunächst die Beratung vor Ort - das ist mit Sicherheit auch im Sinne der Bezirksvertretung - noch einmal suchen und zu einem späteren Zeitpunkt uns sehr gern positiv zu dieser Vorlage äußern. - Schönen Dank.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Herr Hammer, Gegenrede.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Weisenstein, zwei Klarstellungen dazu. Erstens geht es heute nicht um den Beschluss zum Bau eines Hochhauses, sondern es geht inhaltlich um etwas völlig anderes. Von daher sehen wir nicht die Notwendigkeit, das heute von der Tagesordnung zu nehmen, sondern da den Prozess fortzuschreiben.

Zum anderen zu dem von Ihnen angesprochen Punkt 10.20, die Gründung des Klärschlamm-Verbundes: Auch dazu steht heute nur die Gründung im Vordergrund. Auch diese Vorlage wurde bereits in etlichen Gremien beraten. Auch Ihre Fraktion hat durch die Teilnahme an diversen Gremiensitzungen die Gelegenheit gehabt, sich ordentlich zu informieren. Wir glauben, dass die Gründung heute entscheidungsreif ist, und würden das heute auch gern auf der Tagesordnung lassen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich direkt darüber abstimmen.

(Christian Joisten [SPD]: Differenzierung bitte!)

- Ja, darüber muss man vielleicht in zwei Punkten abstimmen lassen. So hatte ich es auch vor.

Jetzt sehe ich eine weitere Wortmeldung.

(Jürgen Kircher [SPD]: Nein, nein, später!)

- Später, okay.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 3**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dann lasse ich zunächst über die Anmeldung des Beratungsbedarfes zu 10.4. abstimmen. Wer Herrn Weisenstein beipflichtet und den Beratungsbedarf anerkennen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD, AfD, Herr Wortmann, GUT und KLIMA FREUNDE. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Ich kann Sie nicht verstehen.

(Ulrich Breite [FDP]: Waren das zwei Stimmen?)

- Ja, die KLIMA FREUNDE sind heute entgegen der anderen Fraktionen beide da.

(Ulrich Breite [FDP]: Oh! - Zuruf von der CDU: Es zählt nur eine Stimme! - Ulrich Breite [FDP]: Nein, es zählen beide Stimmen! Sehr solidarisch!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP und Volt. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich komme zur Abstimmung über 10.20. Wer hier den Beratungsbedarf anerkennt, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, AfD und Herr Wortmann. Gegenstimmen? - SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, die KLIMA FREUNDE und Die PARTEI. Enthaltungen? - Keine. Damit ist auch hier der Antrag abgelehnt, Herr Weisenstein.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. - Bitte sehr, Herr Kircher.

**Jürgen Kircher (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben zu dem Tagesordnungspunkt 6.1.2 - Stellplatzsatzung für Köln - den Änderungsantrag gesehen, und das sind 15 Unterpunkte. Das ist in dieser Kürze, die wir jetzt von unserem Verkehrsausschuss bis zu Beginn der Ratssitzung hatten, nicht zu schaffen, das durchzuarbeiten. Wir melden hier Beratungsbedarf an. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Hammer.

**Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Warum der Änderungsantrag Ihnen nicht vorzeitig zugestellt worden ist mit der

Bitte um Beratung, lässt sich, glaube ich, jetzt nachträglich nicht mehr aufklären. Wir glauben aber, dass darin Punkte enthalten sind, die auch in Ihren Änderungsanträgen, die Sie bisher schon eingereicht haben, durchaus mit eingeflossen sind. Von daher würden wir das gern auch heute beraten, damit wir endlich eine Stellplatzsatzung in dieser Stadt bekommen.

Zum Vorwurf, es seien 15 Punkte, die kurzfristig eingegangen sind, vielleicht Folgendes: Ich möchte an die letzte Ratssitzung erinnern, in der auch seitens der SPD-Fraktion noch in unsere Fraktionssitzung während der vorbereitenden Sitzung auch etliche diverse Änderungsanträge hereingeflattert sind. Auch da haben wir auf Geltendmachung von Beratungsbedarf verzichtet. Vielleicht können Sie sich einfach am Ende enthalten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wer wünscht, diesem Beratungsbedarf zuzustimmen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE und SPD. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann wird auch darüber heute verhandelt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung, die ich Ihnen vorgestellt habe, abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Ich möchte noch einmal die heutigen Anwesenheiten im Protokoll festhalten. Ich habe eben deswegen auch so ausführlich abstimmen lassen, damit es nicht zu irgendwelchen Unklarheiten unter Umständen kommt. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist mit 13 Mitgliedern vertreten, die SPD- und die CDU-Fraktion jeweils mit zehn Mitgliedern, DIE LINKE und die FDP mit je drei, die Fraktionen Volt und AfD mit jeweils zwei Mitgliedern, die KLIMA FREUNDE nehmen vollzählig teil, also zu zweit, bei den anderen Gruppen nimmt jeweils ein Mitglied teil, und Herr Wortmann ist bei uns. Damit sind heute mit der Oberbürgermeisterin 49 Mitglieder des Rates anwesend. Wir sind also beschlussfähig.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch Frau Annika Escher zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin des Rates vorschlagen. - Frau Escher, wenn Sie einmal aufstehen, dass alle Sie sehen können.

(Beifall)

Ich frage, wer gegen die Bestellung zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin spricht? - Das ist niemand. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank, Frau Escher, und alles Gute.

Meine Damen und Herren, dann treten wir jetzt in die Tagesordnung ein. Da wir keine Aktuelle Stunde haben, rufe ich zunächst auf:

## **2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften**

### **2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Rheinisches Bildarchiv durch den Fotografen Manfred Wegener hier: Schenkung Fotoarchiv Wegeners während seiner Tätigkeit als Fotograf bei der Stadttrevue - circa 50 Ordner mit circa 180.000 Aufnahmen (4,5 Regalmeter) und circa 350.000 Digitalaufnahmen (6 Tera-byte) 3556/2020**

Wer dem zuzustimmen beabsichtigt, den bitte ich um das Handzeichen. - DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt, Herr Wortmann, die Ratsgruppen KLIMA FREUNDE, GUT und Die PARTEI sowie die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist diese Schenkung einstimmig angenommen. Ich bedanke mich sehr herzlich bei Herrn Manfred Wegener.

(Beifall)

Wir kommen dann zu den Anträgen des Rates.

## **3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**

### **3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Ich rufe als Erstes auf:

#### **3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen GUT und KLIMA FREUNDE und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Umbenennung des Ausschusses für Soziales und Senioren“ AN/0941/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

3.1.2 entfällt.

Ich rufe auf:

#### **3.1.3 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke. und Volt betreffend „Planungssicherheit für die Händlerinnen und Händler am Großmarkt schaffen und das Frischezentrum in Marsdorf zügig entwickeln“ AN/0929/2021**

#### **Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1005/2021**

Ich gebe Frau Karadag das Wort.

**Derya Karadag** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Gäste! Köln war schon immer Stadt des Handels, und das soll sie auch bleiben. Für uns Grüne ist die Existenz eines modernen Großmarktes in Köln mit einer Angebotsvielfalt für Einzelhandel, für Wochenmärkte und für die Gastronomie von elementarer Bedeutung schon immer gewesen. Die Versorgung mit frischen und möglichst umwelt- und ressourcenschonend erzeugten Lebensmitteln ist für uns nicht nur für das gute Leben der Bürgerinnen und Bürger wichtig, sondern auch ein entscheidender Standortfaktor im Wirtschaftssektor.

Der heute vorliegende Antrag soll Planungssicherheit für den Handel bringen und den Aufbau eines Frischezentrums in Marsdorf vorantreiben. Hierbei möchten wir nicht nur einen regionalen Erzeugermarkt schaffen, sondern gerade den Vertrieb von biologisch erzeugten Produkten ausweiten. Qualität geht für uns vor Quantität.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Rat der Stadt Köln hat bereits 2007 beschlossen, dass der jetzige Großmarkt in Raderberg aufgegeben und ein Umzug nach Marsdorf auf den Weg gebracht werden soll. 2007! Warum dauert in Köln alles so lange, kann man sich berechtigterweise die Frage stellen.

Aus diesem Grund haben wir in unserem Antrag, der hier von einem breiten Bündnis getragen wird, auch eine Zeitachse eingepflegt. Wir als Wirtschaftsausschuss haben uns vorgenommen, diese Zeitachse eng zu begleiten, und wünschen uns natürlich auch von der Verwaltung, dass diese Zeitachse eingehalten wird.

Wie das Frischezentrum dann letzten Endes aussieht, Art und Umfang - das wird sich noch ergeben. Aber für uns Grüne steht fest: Zwischen FC und Frischezentrum steht kein *oder*.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 5

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich habe mir gerade schon etwas von der Verwaltung gewünscht, und ich wünsche mir jetzt auch noch etwas von der FDP. Ich wünsche mir nämlich von der FDP, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, Ihre Blockadehaltung aufgeben, den Standort Marsdorf endlich mittragen und dass Sie das erfüllen, was Ihre Wählerinnen und Wähler sich von Ihnen versprechen, nämlich sich an die Seite des Unternehmertums zu stellen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Lisa Steinmann [SPD])

Dieser Antrag wird von einer breiten Mehrheit getragen, leider nicht von der FDP. An die Kollegen zu meiner Linken: Vielleicht gehen Sie noch einmal in sich.

Der Antrag ist nicht nur allen Handelnden hier zu verdanken, sondern auch Dirk Michel als Ausschussvorsitzender, der sich sehr engagiert hat, hier zu einem effizienten Konsens zu führen. - Danke, Dirk.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen CDU, von Lisa Steinmann [SPD] und Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Damit hast du dann auch das Wort.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Karadag, mit Verlaub, das Wort erteile ich, und das bekommt jetzt Frau Steinmann.

**Lisa Steinmann (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen das breite Bündnis in diesem Rat zur Schaffung von Planungssicherheit am jetzigen Standort für die Händler und deren Mitarbeiter. Das ist vor allem in diesen krisenhaften Zeiten außerordentlich wichtig.

Die Instandsetzungsmaßnahmen sind dringlich und unverzichtbar, und die finanziellen und personellen Ressourcen müssen deshalb jetzt bereitgestellt werden.

Zugleich ist das von Frau Karadag eben schon angesprochene Bekenntnis der antragstellenden Fraktionen zum Standort Marsdorf für das neue Frischezentrum ein wichtiges und klares Signal. Es soll Klarheit bedeuten für die Händler und ihre Kunden, es soll auch Planungssicherheit für die Parkstadt Süd bedeuten.

Mit dem heutigen Bekenntnis zu Marsdorf müssen sich alle Standortdebatten aber dann bitte auch ein für alle Mal erledigt haben.

(Beifall bei SPD und der LINKEN)

Ich betone das, weil ich mich schon 2007 in der Bezirksvertretung Lindenthal für diesen Standort eingesetzt habe. Das heißt für mich persönlich und für uns als Fraktion: Dann muss aber jetzt die Realisierung des Frischezentrums in Marsdorf Fahrt aufnehmen und zügig angegangen werden. Wir erwarten deshalb von der Oberbürgermeisterin und der Verwaltung, dass sie alle Anstrengungen unternehmen werden, damit die Voraussetzungen für den Umzug der Händler spätestens 2025 verbindlich geschaffen werden. Der 31.12.2025 ist als klares Enddatum zu verstehen, nicht etwa als lockere Empfehlung.

Wir unterstützen zudem ausdrücklich, dass unter Beteiligung der Markthändler nun ein Gremium etabliert werden wird, das in engem Turnus den Umzugsprozess begleiten wird. Auch das ist ein Zeichen des Respekts an die Akteure, und wir sind sicher, dass die Beratungen des Gremiums sich positiv und auch pragmatisch auf die Realisierung des Frischezentrums auswirken werden.

Ich danke auch stellvertretend für meine Fraktion allen Beteiligten, die an dem Prozess mitgewirkt haben und zu diesem Antrag heute geführt haben. Ob Sie als Antragsteller unterstützen oder auch nicht - ich hoffe, dass in diesem Konsens auch die weitere Arbeit des Frischezentrums in Marsdorf auf eine gute Bahn bringen wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Michel das Wort.

**Dirk Michel (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Wir stellen heute die Weichen für ein Frischezentrum der Zukunft in unserer Region. Unser Antrag ist sowohl ein Bekenntnis an den jetzigen Standort als auch zur Verlagerung nach Marsdorf.

Am neuen Standort schaffen wir eine Handelsplattform für regionale und auch internationale Lebensmittel und einen Frischemarkt. Es geht um die Versorgung mit frischesten Produkten aus Landwirtschaft und Gartenbau für unsere Stadt und das Umland.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 6**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Neben der Perspektive gilt es, am jetzigen Handelsplatz Unsicherheiten und Investitionsstau abzubauen. Laufzeitverlängerung bis Ende 2025, eine neue Verkehrsführung und Maßnahmen zur Sauberkeit sollen für Planungssicherheit sorgen. Wir dürfen die Existenz von Unternehmen und Arbeitsplätzen auch für die nachgelagerten Wirtschaftskreisläufe nicht gefährden.

Die Marktakteure werden bereits von der Verwaltung aktiv an der Zukunftsgestaltung beteiligt. Sie sind der Fundus für das neue Frischezentrum. Ein Gremium aus IHK, Verwaltung, Händlern und Politik soll für einen Interessenausgleich sorgen. Die Unternehmen werden informiert, beraten und in einem nahtlosen Übergang in den neuen Standort begleitet.

Wochenmärkte und Frischemarkt sind miteinander verbunden. Die Nachfrage nach frischen Produkten und die Bedeutung vom Einkaufserlebnis Markt nimmt stetig zu. Zusätzlich sind unsere Märkte ein wichtiger Baustein in den Einzelhandelszentren und -konzepten von Städten. Wir brauchen dafür eine leistungsfähige Marktverwaltung. Die offenen Stellen müssten wiederbesetzt und zusätzliches Personal eingesetzt werden, um ein besseres Niveau zu erreichen. Schon bald werden wir über die Bauleitverfahren und das Frischemarktkonzept entscheiden. Noch sind wir im Zeitplan. Doch die Abstimmungen zum Verkehrsprojekt, der dritten Ausbaustufe Nord-Süd-Stadtbahn und der Quartiersentwicklung der Parkstadt Süd enthalten auch Risiken.

Ich freue mich auf die nächsten Schritte und bedanke mich bei den anderen Fraktionen für die gute Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Heute legen wir einen Grundstein für das Frischezentrum in Marsdorf und geben ein klares Bekenntnis für die Zukunft des Kölner Großmarktes ab. Ja, wir setzen eine jahrhundertelange Tradition fort.

Danke an meine Ratskolleginnen und -kollegen für die konstruktive Diskussion zu diesem Antrag, danke an die IG Kölner Großmarkt für ihre Geduld

und danke an die IHK für ihre moderierende, konstruktive Rolle.

Lassen Sie mich drei Gedanken in meiner dreiminütigen Redezeit zu diesem großen Thema ausführen.

Erstens. Wir haben in unserem Antrag auf Vorschlag von Herrn Michel ein Begleitgremium geschaffen, das jetzt schnell eine Vertragsverlängerung mit allen Großmarkthändlern herbeiführen muss. Das hört sich einfach an, ist es aber überhaupt nicht, weil wir viele unterschiedliche Verträge, unterschiedliche Laufzeiten und die prekäre Lage haben, dass es inzwischen Prozesse zwischen der Stadt und einigen Großmarkthändlern gibt. Wir müssen den Großmarkthändlern eine Perspektive eröffnen. Da muss die Verwaltung uns unterstützen. Wir müssen Vertrauen schaffen, das im Moment nicht vorhanden ist. Da müssen wir die Liegenschaftsverwaltung bitten, flexibel zu agieren. Ich befürchte, Frau Oberbürgermeisterin, wir werden da Ihre Hilfe noch benötigen.

Zweitens. Wir sind uns parteiübergreifend einig, dass wir die Marktverwaltung auch personell stärken müssen. Das muss schnell passieren. Wir können es uns nicht leisten, wenn in einem halben Jahr zwei Mitarbeiterinnen neu dazukommen. Wir brauchen einen schnellen Personalwechsel und eine schnelle Erweiterung.

Drittens. Der Großmarkt muss über die Sommermonate saniert werden. Die Arbeitsbedingungen auf dem Großmarkt sind haarsträubend und menschenunwürdig.

Zum Schluss: Liebe Grüne und liebe CDU, mit diesem Antrag haben Sie Ihre taktischen Spielchen zum Großmarkt eingestellt. Ich hoffe, es bleibt dabei.

Für gesunde Ernährung mit regionalen Produkten brauchen wir den Großmarkt. Für ökologische, fair gehandelte Früchte aus der ganzen Welt brauchen wir einen attraktiven Umschlagplatz, und zwar auch für unsere bunten Wochenmärkte in den Veedeln. Diese Wochenmärkte sind nicht wegzudenken. Auch deswegen brauchen wir den Großmarkt. - Ich bedanke mich bei Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und von Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 7

(vom Redner ungelesene Fassung)

**Volker Görzel** (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Dirk Michel, von dieser Stelle aus möchte ich dir im Namen meiner Fraktion ganz herzlich danken, dass du in deiner Eigenschaft als Ausschussvorsitzender die Fahne in die Hand genommen und dieses Thema nach vorn getrieben hast.

Ich möchte auch den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen sehr danken, die in den letzten Wochen sehr konstruktiv, zum Teil Samstagsvormittag um 10 Uhr sich Gedanken gemacht haben, wie wir das eigentlich akute Ziel erreichen können, nämlich den von der Existenz bedrohten Händler\*innen am Großmarkt jetzt auf Sicht Planungssicherheit zu geben.

An diesem Prozess haben wir mitgewirkt, und aus diesem Grund, liebe Frau Kollegin Karadag, kann ich Ihnen an dieser Stelle schon einmal zurufen: Sechs Siebtel Ihres Wunsches, nämlich dass wir mitmachen, erfülle ich Ihnen hiermit. Ich beantrage hiermit die getrennte Abstimmung als Ziffernblock 1 bis 6 und dann die Ziffer 7 getrennt. Ihr könnt euch vorstellen, wie wir anschließend abstimmen. 1 bis 6 machen wir natürlich mit; denn der Kollege Detjen hat vollkommen recht: Wir müssen jetzt akut ein Zeichen setzen für die Händler\*innen vor Ort. Es sind untragbare Zustände. Jemand hat einmal gesagt: Nachts hört und sieht man die Ratten dort durchhuschen. Ich sage das nicht so laut, damit das nicht geschlossen wird. Aber wir alle wissen: Dort herrschen momentan unhaltbare Zustände. Hier müssen wir ganz schnell handeln. Ich glaube, diese Handlungsfähigkeit haben wir an dieser Stelle bewiesen.

Last, but not least - ich habe es gerade schon angedeutet -: Bei der Ziffer 7, Standort Marsdorf, können wir natürlich nicht mitmachen.

Frau Kollegin Karadag, ich freue mich, dass Sie hier vor der Öffentlichkeit Kölns noch einmal unterstrichen haben, dass uns die Schicksale der Händlerinnen und Händler, der Unternehmerinnen und Unternehmer nicht egal sind. Natürlich, dafür stehen wir. Aber etwas anderes ist uns Liberale als auch ganz wichtig; und zwar, dass nach der Wahl gilt, was wir vor der Wahl gesagt haben.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle entscheiden wir uns für unsere Wahlversprechen, für Vertrauen, und da bitte ich um Verständnis. Wir stehen zu unserem Wort. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe zu dem Antrag der CDU einen Ergänzungspunkt unter Nr. 8 und bitte darum, das aufzunehmen, und bringe den natürlich zur Abstimmung. Und zwar soll der lauten:

Alle baulichen Maßnahmen die Parkstadt Süd betreffend, die den Ablauf des Großmarktes und die Betriebe der Kaufleute betreffen, können nur in Abstimmung mit der IG Großmarkt geplant und umgesetzt werden.

Ich weise darauf hin, weil eigentlich die Gespräche von der IG Großmarkt massiv jetzt zeitlich auf Sie zugekommen sind, weil erhebliche Behinderungen durch Baumaßnahmen, die auch mit der Vorbereitung der Parkstadt Süd zusammenhängen, ablaufen. Deshalb bitte ich um Aufnahme des Punktes und um Zustimmung. - Danke sehr.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Wortmann, könnten Sie uns bitte Ihr Skript geben, weil wir das quasi als Ergänzung einflechten müssen?

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ich habe versucht, es hinüberzuschicken, aber wir sind hier im Internet leider im Moment nicht funktionstüchtig - zumindest, was meinen Laptop von der Stadt Köln betrifft. Ich schicke Ihnen den Text zu; das mache ich.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann schlage ich zunächst vor, über den Änderungsantrag der FDP abzustimmen, anschließend über den mündlichen Änderungsantrag von Herrn Wortmann und dann über den Ursprungsantrag, und zwar so, wie von Herrn Görzel beantragt, zunächst über Ziffer 1 bis 6 und dann über Ziffer 7 des Ursprungsantrags, bevor ich zur Gesamtabstimmung komme.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der FDP zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 8**

(vom Redner ungelesene Fassung)

die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse darüber abstimmen, ob die Änderung von Herrn Wortmann als Ziffer 8 des Ursprungsantrags aufgenommen wird. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist natürlich Herr Wortmann und auch die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist das abgelehnt.

Dann komme ich zur Abstimmung über den Ursprungsantrag, zunächst über Ziffer 1 bis 6. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über Ziffer 7 des Ursprungsantrags abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Die AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen.

Ich nehme jetzt eine Gesamtabstimmung vor: Wer dagegen ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Vielen Dank. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und der LINKEN)

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

**3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für das Dezernat VII - Kunst und Kultur“ AN/0745/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1017/2021**

Ich gebe Herrn Petelkau das Wort.

**Bernd Petelkau (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir haben eine Vorlage eingebracht, um das Kulturdezernat hier entsprechend auch zeitnah zu besetzen, den Prozess aufzugreifen, der mit dem Ausscheiden von Frau Laugwitz-Aulbach jetzt ansteht.

Wie in den anderen Fällen, die wir in der letzten Ratssitzung beantragt haben, wollen wir, dass der Prozess wieder von Ihnen geführt wird und auch die Details der Ausschreibung - ich sage einmal so - durch das Büro der Oberbürgermeisterin vorbereitet werden. Deshalb ist der vorliegende Ergänzungsantrag der LINKEN an der Stelle über-

flüssig. Wir gehen davon aus, dass alle wesentlichen Themen - ich glaube, Frau Oberbürgermeisterin ist da auch Garant -, egal, ob es Diversität ist oder andere Dinge, in der Ausschreibung auch berücksichtigt werden. Deshalb würden wir den Änderungsantrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Tokyürek.

**Güldane Tokyürek (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Laugwitz-Aulbach! Nachdem die Presse immer wieder vermeldet hat und es auch Bestrebungen gab, die Dezernentin vorzeitig abzulösen, haben Sie und wir es nun Schwarz auf Weiß: Das Mehrheitsbündnis des Rates beantragt die Besetzung der Stelle der/des Beigeordneten für Kunst und Kultur und damit das Auslaufen Ihres Vertrages, Frau Laugwitz-Aulbach.

Als Sie im September 2013 Ihre Stelle in Köln antraten, gingen wir alle noch davon aus, dass Sie zwei Jahre später die Wiedereröffnung von Oper und Schauspielhaus mit uns begehen könnten. Was ist nicht alles in den zurückliegenden Jahren passiert und über Sie und uns hereingebrochen? - Darum möchte ich diese Ratssitzung bereits nutzen, um Ihnen im Namen der LINKEN und im Namen des Arbeitskreises Kunst und Kultur einmal zu danken. Sie waren uns stets eine gute Ansprechpartnerin und gern gesehener Gast unserer Fraktion.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Doch nun geht es um die Neubesetzung, und bei einer Neubesetzung muss der Rat wissen, was er denn jetzt braucht und möchte. Da reicht es nicht, im vorliegenden Antrag eine technische Verwaltungsvorlage zu schreiben, sondern da muss man an der Personalfindung auch inhaltliche und charakterliche Punkte mit auf den Weg geben. Deshalb haben wir unseren Änderungsantrag gestellt. Da geht es um Demokratisierung, da geht es darum, die Machtverhältnisse aufzubrechen, da geht es darum, spartenübergreifend zu schauen: Wer ist dafür geeignet?

Ich möchte drei Punkte aufwerfen. Wir haben in die Stadtgesellschaft hineingehört: Was ist wichtig, wenn man das ausschreibt, was ist wichtig für die nächsten Jahre im Bereich Kunst und Kultur?



## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 9

(vom Redner ungelesene Fassung)

- Da geht es darum: Eine Person mit Migrationserfahrung könnte dazu beitragen, die Kluft zwischen Bevölkerungsgruppen zu verringern. Das würde auch der aktuellen diversen kulturellen Produktion Rechnung tragen; und das wird verstärkt gefordert. Das sollten wir uns wirklich auf die Fahnen schreiben, entsprechend auch in dieser Ausschreibung. Deswegen, glaube ich, Herr Petelkau, reicht es nicht, wenn man sagt: technische Vorlage, und wir als Rat geben nichts mit auf den Weg dorthin. So geht das, glaube ich, nicht.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

Ich glaube, wir als Politikerinnen und Politiker sind gefragt, auch da die Weichen zu stellen.

Es sollte jemand sein, der eine spartenübergreifende Expertise hat, auch die Kultur selbst, die Grenzen zwischen den Sparten bildende Kunst, Theater, Performance, Musik immer mehr auflöst bzw. infrage stellt.

Es sollte jemand sein, der entschieden neugierig ist auf die kulturellen Akteur\*innen und kritischen Initiativen in Köln und der bereit ist, die vorhandene Expertise durch Kontaktpflege und Gespräche aufzugreifen und zu nutzen. Das sollten wir mitnehmen.

Es ist wichtig, dass wir diese Sachen aus der Stadtgesellschaft ins Dezernat hineinragen und auch entsprechend in die Vorlage hineinschreiben, was wir als Politikerinnen und Politiker möchten. Daher unsere Ergänzung, der Sie sicher zustimmen werden; denn vor uns liegt die Zukunft, und die wird maßgeblich durch uns mitgestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch, bitte.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich möchte nur kurz sagen: Wir danken den LINKEN für diesen Antrag und stimmen dem Gesagten voll zu. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich war noch nicht in der Abstimmung, aber Sie dürfen das natürlich gleich machen. Das ist klar.

Ich möchte mich nur für den Hinweis bedanken. Die Machtverhältnisse innerhalb der Kulturinstitutionen sind mir natürlich bekannt, und eine Reflexion wird selbstverständlich vorgenommen. Sie können davon ausgehen, dass alle Hinweise in dieses Verfahren einfließen. Das ist für mich selbstverständlich.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann können Sie ja unserem Antrag zustimmen!)

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen DIE LINKE, SPD und die Ratsgruppen DIE PARTEI, GUT und Frau Gabrysch von den KLIMA FREUNDEN. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

### 3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Unterstützung von benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie“ AN/0900/2021

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE, GUT sowie von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) AN/1023/2021**

Ich gebe Herrn Detjen das Wort.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Sehr geehrte Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Anwesende! Ich habe mich gefreut, als ich die Bilder vom Impfen auf dem Liverpooler Platz im Fernsehen gesehen habe. Respekt und Wertschätzung für Menschen in benachteiligten Stadtteilen. Endlich! Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben mutig gehandelt. Ich danke Ihnen.

Warum konnte Köln dieses Modellprojekt entwickeln? - Viele Akteure, auch früh DIE LINKE, haben sich in den letzten Wochen den Kopf zerbrochen: Was kann man für die benachteiligten Stadtteile tun? - Dabei darf man nicht vergessen: Mit der Schaffung von 15 Sozialräumen haben wir in Köln bundesweit Kompetenz. Diese Erfahrung wirkt sich jetzt aus.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 10

(vom Redner ungelesene Fassung)

Wo in Köln die Oberbürgermeisterin, das Gesundheitsamt und die Feuerwehr mutig vorangeschritten sind, hat sich die Landesregierung zaghaft und vornehm zurückgehalten. Ohne Druck aus Köln wäre nichts passiert. Ich glaube, ich kann für viele Leute hier im Saal sprechen, wenn ich sage: Wir fordern mehr Impfstoff im Land für dieses Kölner Projekt!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

In den benachteiligten Stadtteilen herrscht Armut, leben Familien in kleinen Wohnungen, und die Menschen gehen meistens schwerer und schlecht bezahlter Arbeit nach. Die Arztdichte ist unzureichend: In Lindenthal kommen 1 670 Einwohner auf einen Arzt, in Chorweiler sind es 4 368.

Die Pandemie verschärft die Ungleichheit. Neben Armut und Ungleichheit gibt es aber noch ein weiteres Problem: die Teilhabe, sich am gesellschaftlichen Leben auch unter Corona aktiv zu beteiligen, nicht zu resignieren, sondern sich um andere und sich selbst zu kümmern und sich selbst zu schützen.

Teilhabe muss man lernen in der Schule, im Betrieb, im Leben überhaupt. Wer nicht wählen geht, dem ist die Gesellschaft egal. Seine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist geringer. Es macht mich nachdenklich und besorgt. Schaffen wir es, flächendeckend die Impfquote auch in den benachteiligten Stadtteilen auf 70 Prozent zu bringen?

Wir müssen überlegen, wie wir diese komplexe Lage aufbrechen und die Teilhabe verbessern können. Unser Kölner Modellprojekt steht am Anfang und nicht am Ende. Wenn am Freitag das mobile Impfteam in einen anderen Stadtteil abzieht, muss in Chorweiler weiter für das Impfen geworben werden. Da müssen viele mitmachen, und zwar ganz unterschiedlicher Couleur. Das müssen wir organisieren und unterstützen.

Wir haben mit unserem Antrag einen Aufschlag gemacht. Wir haben Differenzen, zum Beispiel über die Ausgangssperre, zurückstellt, um mit allen demokratischen Parteien diesen Änderungsantrag gemeinsam zu beschließen. Dieser Ratsbeschluss ist für uns LINKE ein Anfang. Weitere Vorschläge werden wir machen, zum Beispiel kostenlose Hotelunterbringung für Menschen in Quarantäne, mehr Impfstoff für Ärzte in den benachteiligten Stadtteilen, weil die Arztdichte dort viel geringer ist.

Der Rat, die Verwaltung und Sie, Frau Oberbürgermeisterin, sollten dieses Kölner Modell jetzt gemeinsam weiterverfolgen und darum kämpfen, dass es auch wirklich erfolgreich wird.

Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen und bin an einer weiteren engen Zusammenarbeit sehr interessiert. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Heuser das Wort.

**Marion Heuser** (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Auch ich möchte meine Rede mit einem Lob und Dank an die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung für die Impfaktionen in den benachteiligten Stadtteilen von Köln einleiten. Diese Impfkampagne hat nicht nur bundesweit hohe Aufmerksamkeit erzielt. Das ist kein Wunder; denn mit Fortschreiten der Pandemie haben sich bundesweit problematische Inzidenzzahlen in benachteiligten Stadtteilen entwickelt. Von vielen Seiten wird richtigerweise seit geraumer Zeit darauf gedrungen, dass hier aufgrund hoher Bevölkerungsdichte und beengter Wohnverhältnisse besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen das eigentliche Ziel der 70-Prozent-Impfquote der Bevölkerung und damit den Schutz der Menschen nicht aus den Augen verlieren. Das möchte ich auch der Landesregierung dringend empfehlen; denn es ist im äußersten Maße fahrlässig, das vorbildliche Kölner Modell zum Rohrkrepierer werden zu lassen, indem nicht ausreichend Impfdosen geliefert werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und der LINKEN)

Es geht um Menschenleben, und jeder Tag zählt.

Zu unserem fraktionsübergreifenden Antrag möchte ich Folgendes vorausschicken: Wir wollen die Verwaltung unterstützen. Wir haben bewährte soziale und soziokulturelle Strukturen in den Stadtteilen. Nutzen wir sie als Multiplikatoren und Helfer, um niedrigschwellige, mehrsprachige Aufklärungsarbeit zur Erhöhung der Teilnahme an den Impfaktionen zu bewirken. Inzwischen kann sich jeder kostenlos testen lassen. Sorgen wir für mehr Teststellen in benachteiligten Stadtteilen.

Eines der größten Probleme ist nach wie vor die Frage der Chancengleichheit im Bildungsbereich, insbesondere für leistungsbeziehende Familien und deren Kinder. Dazu hatte der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits umfangreiche Maßnahmen beschlossen. Deshalb wollen wir den Fokus auf zwei Aspekte lenken. Es braucht offenbar weiterhin mehr Informationen sowie Informationswege und vor allem mehr Unterstützung, um die Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe für jedes Kind und jeden Jugendlichen am digitalen Unterricht zu schaffen. Kein Kind und keine Familie dürfen zurückgelassen werden. Auch die digitale Infrastruktur muss stabil und zuverlässig sein - egal, ob in Schulen oder Haushalten.

Als letzten Punkt möchte ich Lücken bei der Inanspruchnahme von kostenlosen Mittagessen, Nahrungsmittelpaketen oder Gutscheinen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes ansprechen. Es scheitert in Einzelfällen daran, dass Anmeldungen bei Caterern und Lieferdiensten fehlen. Kein Kind sollte Hunger leiden, weil es an Informationen mangelt.

Ich komme zum Schluss. Die Pandemie trifft uns zwar alle, aber eben nicht alle gleichermaßen, und daher mein Appell an die Verwaltung: Denken Sie bitte schon jetzt über das Kölner Impfmodell hinaus und planen Sie ämterübergreifende Maßnahmen, um benachteiligte Stadtteile zu stabilisieren und zu unterstützen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich möchte es nicht versäumen, an den Anfang meines kurzen Beitrages zu stellen, dass die Verwaltung aus unserer Sicht in diesem Fall des Impfens in den benachteiligten Stadtteilen sehr schnell, sehr zügig und sehr pragmatisch die Impulse aus der Politik aufgenommen hat, aber auch im Krisenstab die richtigen Konzepte zur richtigen Zeit entwickelt hat. Das hat auch die bundesweite Berichterstattung gezeigt. Dafür auch an dieser Stelle im Namen der SPD-Fraktion ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Umso ärgerlicher, umso empörender ist es, wenn wir jetzt sehen müssen, dass die Landesregierung - Armin Laschet war am letzten Wochenende eindeutig zu vernehmen, dass er das voll unterstützt und für einen richtigen Weg hält; auch andere Vertreter der Landesregierung haben das immer wieder kundgetan - der Stadt Köln mit ihren 1 Million Einwohnern und wahrscheinlich etwa 200 000 - etwas mehr mögen es auch sein - Bewohnerinnen mit Bewohnern in benachteiligten Stadtteilen ganze 1 000 Impfdosen zur Verfügung stellt und jetzt nichts nachliefert, was uns in die Lage versetzt, auch die Menschen neben Chorweiler in Meschenich, Mülheim, Kalk oder Finkenberg zu versorgen. Das wäre ein Skandal. Deswegen kann ich auch hier nur noch einmal an die regierungstragenden Fraktionen im Rat appellieren: Reden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen in der Landesregierung! Hier muss es weitergehen - genauso wie in anderen Städten. Setzen Sie sich dafür ein, damit wir diesen erfolgreichen Weg weitergehen können!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Denn richtig ist - das wurde heute auch schon von Kollegen Detjen und anderen gesagt -: Wer arm ist, hat ohnehin mehr gesundheitliche Probleme, hat weniger Chancen und Möglichkeiten, sich präventiv zu verhalten. Wer in Hochhäusern oder in engen Wohnverhältnissen wohnt, ist nicht in der Lage, in gleichem Maße wie Bewohner von Einfamilienhäusern oder von großzügigen Wohnungen in anderen Stadtteilen auf Distanz zu gehen. Umso wichtiger ist, dass wir uns um diese Menschen sehr gezielt kümmern. Dazu ist dieser Antrag hier ein gutes Instrument.

Ich danke auch der LINKEN für die Initiative und finde es sehr gut und sehr zielgerichtet, dass wir gemeinsam jetzt diesen Weg weiter beschreiben, den die Verwaltung dann im Weiteren umsetzen muss, damit wir die Menschen in diesen Stadtteilen, vor allem aber auch endlich die Kinder und Jugendlichen, in den Blick nehmen, die nämlich die großen Verlierer der Pandemie zu werden drohen. Deswegen ist es, glaube ich, jetzt höchste Zeit, vieles von dem, was wir hier noch einmal gemeinsam aufgeschrieben haben, umzusetzen. Deswegen meine Bitte auch noch einmal an die Verwaltung, das sehr akribisch und sehr ernst zu nehmen, damit wir Kinder und Jugendliche nicht verlieren. Wir müssen den Kampf gegen das Virus und die Pandemie gewinnen, aber wir müssen auch die Menschen mitnehmen. Nur, wenn wir alle mitnehmen, wenn wir alle sozusagen im System halten, haben wir die Chance, am Ende des Tages auch gut aus dieser Krise herauszukommen.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 12

(vom Redner ungelesene Fassung)

In diesem Sinne noch einmal ein herzliches Dankeschön an alle Akteure und noch einmal die Bitte in Richtung Landesregierung: Machen Sie die Türen auf für ein Fortsetzen dieses Impfbusses und dieser Impfkampagne! Nur so haben wir eine Chance hier in Köln und darüber hinaus. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gärtner das Wort. - Bitte.

**Ursula Gärtner (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser gemeinsamer Antrag befasst sich mit einem Thema, das uns sehr wichtig ist: Wie können wir die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen in der Corona-Pandemie wirksam unterstützen? - In der Kürze der Redezeit lässt sich das Thema leider nicht umfassend behandeln. Daher möchte ich nur die wichtigsten Aspekte ansprechen.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass unsere Oberbürgermeisterin und der Krisenstab die Initiative ergriffen haben, in den Sozialräumen vor Ort ein zusätzliches Impfangebot zu schaffen. Vielen Dank dafür.

Dieses Modell hat bundesweit - das wurde schon erwähnt - Aufmerksamkeit erregt, und die positive Resonanz der Chorweiler Bevölkerung hat uns bestätigt, dass dieser Weg ein guter ist.

Leider steht einer Ausweitung dieses Angebotes der Mangel an zusätzlichem Impfstoff derzeit noch entgegen. Es ist aber unredlich, auf das Land einzudreschen. Was nicht vorhanden ist, kann man auch nicht verteilen. Zaubern kann auch das Land nicht. Wir sind aber davon überzeugt, dass die insgesamt positive Entwicklung bei der Impfstoffmenge auch hier zu einer Lösung führen wird.

Unser Antrag zielt darauf ab, die Impfstrategie durch flankierende Maßnahmen zu unterstützen. So sollen alle vor Ort wirkenden Akteure - in Streetwork, Sprach- und Kulturmittlung, Sozialraum und Seniorenkoordination und viele mehr - darin einbezogen werden, die Menschen vor Ort anzusprechen. Sie haben den Zugang zu den Menschen im Veedel und können am besten informieren und aufklären.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir auf die Kinder und Jugendlichen richten. Hinsichtlich der

Notbetreuung und personellen wie räumlichen Ausstattung an Schulen hat der Ausschuss für Schule und Weiterbildung bereits im März umfangreiche Maßnahmen beschlossen. Wir möchten die Umsetzung politisch begleiten und unterstützen.

In diesem Zusammenhang müssen auch die weitere Ausstattung mit digitalen Endgeräten, die Sicherstellung der notwendigen digitalen Infrastruktur und der Support vorangetrieben und leistungsberechtigte Schulkinder und Eltern von Verwaltung und Job-Center weiterhin wirksam unterstützt werden. Schließlich wollen wir, dass durch Fortsetzung der Informationen über die Möglichkeiten einer Inanspruchnahme von kostenlosem Mittagessen, Nahrungsmittelpaketen bzw. Gutscheinen für Kinder und Jugendliche im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes möglichst viele Eltern, Kinder und Jugendliche erreicht werden, die von diesem Angebot Gebrauch machen möchten.

Wir freuen uns über eine breite Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

**Katja Hoyer (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Meine Damen und Herren! In Zeiten von Corona sind die Momente der Freude nicht immer so häufig, aber ich glaube, heute haben wir wirklich Grund zur Freude mit diesem Antrag. Ich freue mich sehr, dass sich alle demokratischen Fraktionen zusammengefunden haben und die Unterstützung für die Impfungen in den Corona-Hotspots mit diesem Antrag zum Ausdruck bringen. Aber ganz ehrlich, ich habe mich noch viel mehr gefreut, als ich am Montag in den Nachrichten die Bilder aus Chorweiler gesehen habe, die lange Schlange auf dem Liverpooler Platz, wo die Menschen geduldig gestanden und gewartet haben, dass sie eine Impfung bekommen. Das war gut für Chorweiler, und das ist gut für unsere Stadt.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, CDU und der LINKEN)

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Ihnen und auch der Öffentlichkeit ist es nicht verborgen geblieben, dass wir manchmal auch Probleme mit Corona-Maßnahmen der Verwaltung haben. Ich

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 13

(vom Redner ungelesene Fassung)

nenne nur einmal die Ausgangssperren. Aber im Fall der Corona-Impfungen in sozial benachteiligten Stadtteilen können Sie voll auf die Unterstützung der FDP-Fraktion zählen. Nehmen Sie bitte unseren Dank mit in die Verwaltung. Danken Sie der KV, danken Sie der Feuerwehr, die einen Bombenjob gemacht hat.

An dieser Stelle muss ich eingehend auf das Thema Landesregierung, wo ein bisschen unterschwellig anklang, die Landesregierung möchte das nicht unterstützen, sagen: Das sehe ich wirklich nicht so. Ich möchte an das, was Frau Gärtner gesagt hat, anschließen: Es ist in verschiedenen Stellungnahmen von Regierungsmitgliedern deutlich geworden, dass die Landesregierung durchaus die Notwendigkeit sieht, aber Impfstoff ist ein knappes Gut, und benachteiligte Stadtteile gibt es nicht nur in Köln, sondern in ganz NRW. Liebe Kollegen von der SPD, auch im Ruhrgebiet, was eher die Hochburg von Ihnen ist, gibt es Stadtteile, die auf Impfstoffe warten.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Deswegen muss die Landesregierung dieses knappe Gut gut verteilen.

Weiterhin: Nicht jeder Impfstoff ist auch gleichermaßen akzeptiert. Ich nenne nur einmal das Stichwort *AstraZeneca*.

Aber nichtsdestotrotz, die Impfungen in sozial benachteiligten Stadtteilen sind wichtig und richtig. Denn spätestens seit der Fraunhofer-Studie wissen wir, dass Menschen in diesen Viertel besonders häufig an Corona erkranken und es unsere soziale Verpflichtung ist, sie zu unterstützen. Angesichts dieser Verpflichtung kann ich Diskussionen über die Impfreihefolge nicht nachvollziehen. Wen das Argument der sozialen Verantwortung nicht überzeugt, muss doch zumindest anerkennen, dass durch die Impfungen in den sozial schwachen Stadtteilen nicht nur dort die Inzidenzzahlen sinken, sondern in der gesamten Stadt.

Meine Damen und Herren, die FDP begrüßt, dass in diesen sozial schwachen Vierteln auch das Testangebot ausgebaut werden soll und die Impfmobile demnächst auch in weitere Corona-Hotspots fahren sollen. Mit Freude habe ich auch gehört, dass am Wochenende oder am Freitag in Ehrenfeld und in Neuhöfen in der Moschee schon geimpft werden soll. Das ist doch auch ein toller Erfolg.

(Beifall bei der FDP)

Entscheidend für den Erfolg ist die Frage: Wie erfahren die Menschen vor Ort von diesem Angebot? - Da erinnere ich mich wieder an Montag, als es in verschiedenen Medien hieß, die Nachricht, dass man sich in Chorweiler impfen lassen könne, hätte sich wie ein Lauffeuer verbreitet. Das zeigt uns: Vor Ort müssen die Menschen angesprochen werden, und zwar am besten von Menschen, denen die Bevölkerung vertraut - Menschen, die aus der Community stammen, die die Sprache der Menschen sprechen und die wissen, wie sie diese überzeugen können.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine Bemerkung. Sie schließt an das an, was Herr Joisten gesagt hat. Es ist gut, dass wir im vorgelegten Antrag einen Schwerpunkt auf die Situation der Kinder legen. Die Corona-Diskussion wird natürlich von dem gesundheitlichen Aspekt beherrscht. Wir alle sind zu halben Virologen geworden. Inzidenzen, R-Faktor - Begriffe, die wir vor zwei Jahren vielleicht noch gar nicht gekannt haben. Corona hat aber auch eine andere Seite, eine soziopsychologische Seite, und hier liegen mir unserer Kinder und Jugendlichen ganz besonders am Herzen. Sie haben in der ersten Welle der Pandemie Rücksicht auf die ältere Generation genommen. Diese jungen Menschen verdienen unsere volle Unterstützung, im Hinblick auf schulische und berufliche Qualifikationen, aber auch im Hinblick auf eine fröhliche und gute Zukunft gemeinsam mit Freundinnen und Freunden, in Alltag und Freizeit. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, Sie wundern sich wahrscheinlich, warum ich dieser Überschreitung der Redezeiten nicht Einhalt gebiete, aber die Verwaltung kann natürlich von solchen positiven Worten und so viel Dank gar nicht genug bekommen. Das sind wir gar nicht gewohnt.

(Beifall)

Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

**Jennifer Glashagen (Voll):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte mich dem großen Dank anschließen, dem Dank Ihnen, Frau Reker, der Stabsstelle bzw. dem Krisenstab, der Feuerwehr, allen helfenden Händen, die in Chorweiler geholfen haben und auch weiterhin helfen werden.

Die Zahlen, die letzte Woche veröffentlicht wurden, haben uns geschockt, aber leider nicht überrascht; denn sie belegen das, was viele seit Beginn der Pandemie befürchtet hatten, nämlich dass Menschen, die in strukturell benachteiligten und dicht besiedelten Stadtteilen wohnen, besonders hart von der Pandemie betroffen sind. Die Zahlen und die einzelnen Schicksale hinter jeder Ziffer geben uns als Politiker\*innen einen klaren Handlungsauftrag: Wir müssen in der Pandemiebekämpfung viel stärker auf die erhöhte Gefährdung von ökonomisch benachteiligten Menschen achten; denn es macht einen Unterschied, ob ich die Möglichkeit habe, mich morgens in meinem Einfamilienhaus an meinen Schreibtisch an die Arbeit im Homeoffice zu setzen, mir meine Lebensmittel liefern zu lassen, mich nach der Arbeit auf meine Terrasse setzen zu können und mir sicher sein kann, dass mein Nachbar, der auch noch Arzt ist, mir schon eine Impfdosis reserviert, oder ob ich diese Möglichkeit nicht habe und ich mich morgens in eine volle Bahn drängen muss, um meiner Arbeit in der Pflege, im Einzelhandel, im Bau, in der Produktion oder im Lieferdienst nachgehen zu können und abends in ein Mehrfamilienhaus zurückzukehren, in dem ich auf engem Raum mit mehreren Menschen zusammenlebe. Dazu sind Hausärzte in manchen Stadtteilen sowieso rar. Das haben wir gerade auch mehrfach gehört.

Der Ernst der Lage erfordert eine Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte. Daher begrüßen wir den Antrag aus vollem Herzen, der absolut mit der Corona-Position von Volt übereinstimmt. Ich möchte mich herzlich bei euch bedanken.

Wir möchten jedoch durch diesen Änderungsantrag zum Ausdruck bringen, dass dieses Pilotprojekt in dieser Woche in Chorweiler ein sinnvoller erster Schritt ist, der weiter ausgebaut werden muss. Wir sind nicht naiv und wissen, dass niemand zaubern kann, und trotzdem möchten wir einen Appell an die Landesregierung senden, um mehr Impfstoff zur Verfügung zu stellen, sobald er verfügbar ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Wortmann das Wort.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vielleicht ist der

Punkt, den ich jetzt als Ergänzungsantrag einbringe, nicht so angenehm, aber ich möchte einfach nur darauf hinweisen, weil er mir fehlt.

Ich bitte, auch diesen Punkt mehr banal zu betrachten und nicht in irgendeiner Form gefärbt. Ich bitte um Aufnahme des Ergänzungspunktes 5 zum Änderungsantrag:

Es stehen bei möglichen Störungen im Rahmen der Durchsetzung pandemiebedingter Maßnahmen, insbesondere zum Schutz der leistenden, Ordnungskräfte in ausreichendem Maße bereit.

Das ist ein Punkt, den ich angesetzt habe, weil ich letzte Woche an drei Punkten im Rechtsrheinischen gewesen bin und davon ausgehen kann, dass dort solche Maßnahmen, wenn sie breiter gesetzt werden, nicht unbedingt friedlich ablaufen. Es gibt verschiedene Hinweise aus der Bevölkerung, die leider vom Ordnungsdienst nicht in diesem Maße angenommen und behandelt worden sind. Ich möchte darauf hinweisen, aber ich glaube, es ist wichtig für die Leistungserbringer, dass sie auch geschützt werden. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Bitte, Herr Cremer.

**Christer Cremer** (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich wollte mich eigentlich gar nicht melden. Wir werden uns gleich enthalten. Sicherlich ist es richtig, Leuten ein einfaches Impfangebot zu machen, solange es freiwillig ist und die Leute darüber frei entscheiden können. Nur, es ist hier leider Gottes eine Sache nicht wirklich ausgesprochen worden, und zwar: Wer trägt eigentlich die Schuld daran, dass wir jetzt nicht genug Impfstoff haben?

Es gab in den USA einen ganz tollen deutschstämmigen Präsidenten, den Herrn Trump, der das Zeug einfach in ausreichendem Umfang bestellt hat. Der Fehler sitzt in Brüssel, und das ist die Europäische Union. Das sollte hier erwähnt werden. Wenn sie es nicht verbockt hätten, dann hätten wir jetzt genug Impfstoff und müssten auch nicht darüber diskutieren, wo wie sanktioniert wird. Dann wäre Impfstoff für jeden da, und zwar unabhängig davon, ob er in Chorweiler, in Kalk, in Marienburg, Porz, Lindenthal, Klettenberg, Sülz oder Marsdorf oder sonst wo in Köln wohnt. Es wäre einfach genug da, und dann müssten wir solche Diskussionen nicht führen, wenn die etablierte Politik es nicht verbockt hätte.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 15

(vom Redner ungelesene Fassung)

Kurzer Hinweis: Die AfD ist an keiner Landes- oder Bundesregierung beteiligt.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das bleibt auch so!)

Das kann sich ja noch ändern. Abwarten! Das hat man bei Ihnen auch früher gesagt, Herr Weisenstein.

Von daher: Es sollte hier ganz offen angesprochen werden, wer das verbockt hat.

Ich begrüße in einem Punkt sogar den Antrag der LINKEN ausdrücklich, und zwar, dass sie sich gegen Ausgangssperren aussprechen. Die sollten aber in ganz Köln nicht gelten - egal, wo.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Meine Damen und Herren, zunächst einmal bedanke ich mich wirklich sehr bei den antragstellenden Fraktionen, dass Sie das als Modellprojekt begonnene Impfen in den vulnerablen Stadträumen mittragen und wir uns über die Maßnahmen, die wir dort als Maßnahmen der Gefahrenabwehr ergriffen haben, einig sind. Es ist wichtig für die Kolleginnen und Kollegen - egal, ob im Gesundheitsamt oder bei der Feuerwehr -, dass sie bei solchen Maßnahmen, die kein Vorbild haben, sondern von uns selbst erdacht und auch umgesetzt werden, Ihren Rückhalt haben. Das ist auch nicht immer der Fall, wie wir jetzt auch thematisiert haben, sondern es sind Maßnahmen der Gefahrenabwehr, über die im Krisenstab entschieden wird. Ich denke, wenn mehr Impfstoff vorhanden ist, werden wir auch mehr Impfstoff bekommen.

Herr Wortmann, ich möchte noch auf Ihren Ergänzungsantrag eingehen. Es ist natürlich so, dass der Ordnungsdienst nicht überall in dieser großen Stadt sein kann und dass wir Ihnen deswegen auch wirklich nur ein umsichtiges Bemühen zusagen können, dass natürlich auch unsere eigenen Kolleginnen und Kollegen, die solche Impfungen durchführen, geschützt werden. Aber es gibt natürlich Situationen, die eben dadurch, dass der Ordnungsdienst wie gesagt einfach nicht überall sein kann, auch entstehen. Ich würde jetzt ungern mit Ihnen darüber in eine Debatte eintreten.

**Walter Wortmann** (Freie Wähler Köln): Ich habe nur einen Hinweis dazu: Der Katalog der hier dargestellten Leistungen umfasst deutlich mehr und wird auch deutlich andere Bereiche einbinden. Deshalb habe ich diesen Hinweis gegeben. Das

bezieht sich nicht nur *expressis verbis* auf das Impfen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay.

Wir könnten jetzt hier stundenlang darüber sprechen, was wir alles schon tun, aber vielleicht wird das dann einmal in den zuständigen Gremien thematisiert werden, damit Sie wirklich wissen, was Verwaltung auch im Vorfeld getan hat, um zu informieren, was wir im Rat der Religionen besprochen haben, um auch immer wieder zu testen, zu impfen usw.

Jetzt gibt es noch eine Wortmeldung.

(Niklas Kienitz [CDU]: Der Bezirksbürgermeister aus Chorweiler hat eine!)

Der Bezirksbürgermeister aus Chorweiler hat als Letzter das Wort. Das sage ich immer so. Es hört sich zwar komisch an, aber das ist so bei den Bezirksbürgermeistern.

Herr Bezirksbürgermeister Zöllner, Sie haben das Wort.

**Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner** (Chorweiler): Danke schön, Frau Reker. - Ich als Bezirksbürgermeister von Chorweiler möchte mich nur für die Aktion bedanken und sage danke all denjenigen, die geholfen haben, dass diese Aktion umgesetzt worden ist. Ich bedanke mich recht herzlich dafür. - Danke schön, Frau Reker.

(Beifall)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen herzlichen Dank. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann lasse ich jetzt zunächst über den mündlichen Ergänzungsantrag von Herrn Wortmann abstimmen, anschließend über den gemeinsamen Änderungsantrag, und wahrscheinlich hat sich der Ursprungsantrag dann erledigt.

Zunächst: Wer dem Antrag von Herrn Wortmann zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Die AfD enthält sich.

Dann lasse ich jetzt über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Der Ursprungsantrag hat sich damit erledigt.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 16

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD, FDP und der LINKEN)

Ich komme zu Tagesordnungspunkt

**3.1.7 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Demokratieklausel bei der Förderung von Vereinen“  
AN/0934/2021**

Hier hat Herr Cremer das Wort.

**Christer Cremer** (AfD): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen: Köln hat ein Linksextremismus-Problem, und das haben wir nicht erst seit gestern. Die jüngsten Vorkommnisse am Barbarossaplatz sind ein Symbol dafür. Die Stadt Köln muss daher endlich die Vergabe öffentlicher Gelder an eine Demokratieklausel mit einem klaren Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung knüpfen. Es kann nicht sein, dass hier Verfassungsfeinde mit öffentlichen Geldern und städtischer Infrastruktur gefüttert werden.

Das Autonome Zentrum ist städtisches Eigentum und der Ausgangspunkt unter anderem für Landfriedensbruch am 17.04.2021 in dieser Stadt. Ich kann Ihnen allen in diesem Zusammenhang die Vorlage der Landesregierung 17511 empfehlen. 50 Leute ziehen aus dem sogenannten AZ über die Luxemburger Straße zum Barbarossaplatz. Die im Netz leicht auffindbaren Fotos zeigen klar, dass das eine Machtdemonstration von Leuten war. Sie legten den Autoverkehr lahm. Die Linken wollten einmal zeigen, was passiert, wenn sie nicht ihren Willen bekommen. Die Polizei scheint durch ihr Eingreifen Schlimmeres verhindert zu haben. Es konnten laut Landesregierung 20 Personen dingfest gemacht werden. Davon waren mehr als die Hälfte als Linksextreme bereits bekannt.

Am Tag selbst muss es nicht nur laut Landesregierung am Barbarossaplatz zu einer Sachbeschädigung gekommen sein, sondern auch am Spanischen Bau des Kölner Rathauses.

Frau Reker, ich hoffe, Sie tragen Ihr T-Shirt mit der Aufschrift AZ *bleibt* nie wieder und entsorgen es immer Sondermüll.

Ich habe es schon einmal ausgeführt, dass im sogenannten AZ fünf linksextreme Organisationen Unterschlupf gefunden haben. Hier wird also städtische Infrastruktur den eigenen Feinden zur Verfügung gestellt, die mit ihrem asozialen und kriminellen Verhalten eine Nachfolgelösung in ihrem

Sinne erpressen wollen. Es soll laut Unterstützungstweets ein Vorgeschmack geschaffen werden, dass man, wenn man nicht einen vernünftigen alternativen Standort im eigenen Sinne bekommt, dann schon weiß, wie man hier zu handeln hat.

Festzuhalten bleibt: Die Stadt Köln vergibt Eigentum an Menschen, die ihre politischen Ziele mit Gewalt durchsetzen wollen. Das geht leider, weil wir keine Demokratieklausel in dieser Stadt haben. Man müsste sich einmal vorstellen, wenn eine rechte Kameradschaft oder Fußballhooligans sich ähnlich aufführen würden. Aber wie gesagt, das Autonome Zentrum ist kein Einzelfall in dieser Stadt. Ich erinnere nur an die städtische Unterstützung für gewisse Bürgerzentren, zum Beispiel die Alte Feuerwache. Dort werden dann die Besetzer vom Hambacher Forst geschult. Die Polizisten, die zum Teil auch aus Köln kommen, werden sich sicherlich freuen, wenn ihre Stadt die sie mit Fäkalien beschmeißenden Individuen auch noch gefördert hat.

Deswegen, meine Damen und Herren: Lassen Sie uns ein Stoppschild errichten und ein Signal zum Schutz unserer FDGO setzen! Stimmen Sie unserem Antrag zu! Köln braucht eine Demokratieklausel. Wir sagen Ja zur Freiheit.

(Beifall bei der AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

**3.1.8 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Erstellung eines Zero Waste-Konzepts“  
AN/0942/2021**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion  
AN/1016/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/1004/2021**

Hier hat zunächst Frau Schneeloch das Wort.

**Sandra Schneeloch** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte



## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 17

(vom Redner ungelesene Fassung)

Kolleg\*innen! Lieber Zuschauer\*innen im Stream! Mit einem Zero-Waste-Konzept für die Stadt Köln gehen wir gemeinsam auf einen Weg, den viele Kölner\*innen in den vergangenen Monaten an ihren unzähligen Corona-Spaziergängen bereits gegangen sind. Dieser Weg führt vorbei an viel Müll, den keiner will. Alle regen sich auf, aber keiner will es gewesen sein.

Müll und dessen Vermeidung sind nicht nur eine lokale, sondern eine globale Herausforderung. Im Pazifik gibt es eine Müllinsel, die 1,6 Millionen Quadratkilometer groß ist. Das ist viermal die Größe von Deutschland, das ist ungefähr 3 950 Mal Köln oder - damit es alle verstehen - das sind 56 000 Fußballfelder.

Die Corona-Pandemie hat auch in Köln aufgezeigt und noch verstärkt: Wir haben *to go* bestellt. Alu- und Styroporverpackungen haben zugenommen. Aber jeder Laden, in dem ich war - ich koche schlecht, deswegen war ich in vielen Läden -, hat gern meiner Bitte entsprochen, in eine mitgebrachte Dose ihre Speisen entsprechend abzufüllen.

Die Stadt München hat gestern im Vorgriff auf die kommende EU-Regulierung, ab 2023 Mehrwegalternativen *to go* anbieten zu müssen, einen finanziellen Support ihrer Gastro beschlossen. Was hieße das für uns in Köln? - Weniger Kosten für Verpackungen für unsere Gastro, mehr Müllvermeidung und somit auch weniger Müll in unseren Mülleimern, in unseren Grüngürteln und auf den Plätzen unserer Stadt.

Müllvermeidung ist Umwelt- und Naturschutz, und Müll ist ein Designfehler, wenn wir zu viel davon nur der thermischen Verwertung zuführen. Denn sind wir einmal ehrlich: Niemand benötigt drei in Plastik eingeschweißte Paprika aus dem Supermarkt. Wir müssen zur Müllvermeidung auch das Spannungsfeld zwischen Verbraucher\*innen und Produzent\*innen betreten. Liebe Aldis dieser Welt, fühlt euch gern angesprochen.

Es ist auch Gewöhnungssache, sich einen To-go-Becher von zu Hause mitzunehmen. Es ist auch nicht schlimm, wenn man den einmal vergisst; denn es braucht Hunderte Menschen, die Zero Waste ein bisschen machen, anstatt einer Person, die es perfekt macht.

Bevor das Geschrei wieder losgeht, wir Grünen würden gern alles verbieten - Müll ja - oder den Menschen sagen, wie sie ihr Leben zu leben haben: Vermeidbaren Müll nicht einzudämmen, ist unklug, weil in vielen Materialien wertvolle Grund-

stoffe stecken, deren Verbrauch wir uns nicht leisten können, weil sie endlich sind. Das Märchen vom unendlichen Wirtschaftswachstum, liebe FDP, ist auserzählt. Die Geschichte wachsender Müllinseln ist es nicht. Daher werden wir auch euren und Ihren Änderungsantrag ablehnen; denn er befasst sich mit Kreislaufwirtschaft und Recycling. Das ist keine Müllvermeidung, sondern Müllaufbereitung, und darum geht es in einem Zero-Waste-Antrag nicht.

Gestern war Earth Overshoot Day. Wir sind in Deutschland einer der Top-5-Ressourcenkiller dieser Welt und benötigen mit unserem aktuellen Lebensstil drei Erden. Die haben wir nicht, aber wir haben die Möglichkeit, ein Right to Repair zu nutzen, bevor wir Waren wegschmeißen, und wir haben eben auch die Möglichkeit, Müll zu vermeiden.

Machen wir die AWB mit einem Zero-Waste-Konzept überflüssig? - Natürlich nicht. Sie bleibt weiter unsere *Kehr Force One*, ein Key-Player zum Erreichen unserer Ziele für mehr Müllvermeidung in unserer wachsenden Stadt. Dazu brauchen wir mehr Verantwortungsbewusstsein, gute Zusammenarbeit aller Akteure.

Ich freue mich auf einen breit getragenen Antrag hoffentlich heute und grüße ganz besonders meinen Kollegen Alex Volk im Stream, der das Thema so vorangebracht hat.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bis spätestens 2022, liebe SPD, sagt unser Antrag - gern auch früher -, wollen wir mit allen zusammen dieses Konzept gestalten und auch, um jedem gerecht zu werden, in unserer Freizeit all unseren Müll aufsammeln, zum Beispiel wie die KRAKE, die eine erste Müllfalle im Rhein installieren will, um auch Köln daran teilhaben zu lassen, damit unsere Meere nicht weiter vermüllen und Müllinseln entsprechend gar nicht erst entstehen.

Auch wenn das hier im Raum einige gern mal vergessen: Köln ist keine Insel, und Köln ist erst recht keine Müllinsel. Deswegen freue ich mich, wenn alle diesen Antrag von uns heute mittragen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Niklas Kienitz [CDU])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Frau Aengenvoort.

**Constanze Aengenvoort** (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für uns ist die Zero-Waste-Stadt ein klares Bekenntnis zu ressourcenschonendem Handeln und zur Abfallvermeidung. Ich glaube, das ist die zentrale Botschaft dieses Antrags. Viele Kölnerinnen und Kölner sind auf diesem Weg ohnehin schon unterwegs. Klar, während Corona gibt es jetzt gerade Rückschläge, aber genau diese Kölnerinnen und Kölner werden mehr Unterstützung durch die Maßnahmen erfahren, die wir in das Konzept hineinschreiben wollen. Andere wollen wir eben noch mitnehmen. Daher sollen die Maßnahmen gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern entwickelt werden, mit Unternehmen, mit lokalen Initiativen. Das, was wir brauchen, sind praxisnahe und lebensnahe Maßnahmen, die es auch einfach machen, den Müll zu vermeiden.

Erfolg werden wir dann haben, wenn viele mitmachen und wenn jeder von uns bei sich selbst anfängt. Das ist das, was wir heute mitgeben wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Homann das Wort.

**Mike Homann** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger am Livestream! Ich möchte meinen beiden Vorrednern recht geben: Der Abfall ist eines der größten Probleme unserer Zeit. Wir haben in den Weltmeeren Müllberge schwimmen, und wir haben auch in Dritte-Welt-Ländern Müllberge, die es zu vermeiden gilt.

Es ist also umweltpolitisch ein riesengroßes Problem, und wir müssen da handeln. Wir hätten schon viel früher an der Stelle handeln müssen. Deswegen hatten wir das auch vor. Am 18.01.2018 hat die SPD den Antrag gestellt: *Ideen für weniger Abfall in Köln entwickeln, bündeln und umsetzen*. Das ist also nicht neudeutsch ein Zero-Waste-Konzept, sondern wir haben das einen *Leitfaden zur Abfallvermeidung* genannt, und das ist genau das, was Sie hier beantragen.

Sie haben das im Übrigen damals damit abgelehnt, dass Sie auf das Abfallwirtschaftskonzept warten wollten. Jetzt sehen Sie natürlich ein - die beiden Rednerinnen haben das eben dargelegt -, dass das Abfallwirtschaftskonzept etwas anderes ist als ein Abfallvermeidungskonzept. Insoweit sind wir mit Ihnen völlig d'accord. Wir finden es

auch gut, dass Sie auch andere Städte zurate ziehen wollen, wie die das gemacht haben, zum Beispiel die Stadt Kiel. Die hat nämlich zeitgleich 2018 ein solches Konzept beschlossen, also die Erarbeitung eines solchen Konzeptes. 2019 wurde das vorgelegt, und seitdem arbeitet und handelt die Stadt Kiel nach diesem Konzept. Wir wären also drei Jahre weiter, wenn wir es damals so gemacht hätten. Wir finden es gut, dass Sie sich unsere Idee zu Herzen genommen haben, wenn auch etwas später.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, weil er, wie gesagt, genau unserer Richtung entspricht, haben aber mit unserem Änderungsantrag unter 1a) noch einige Präzisierungen - insbesondere, wo es um Abfallvermeidung unserer eigenen Stadtverwaltung geht, der Eigenbetriebe, der Gewerbebetriebe und natürlich der Bürgerinnen und Bürger. Wir glauben, je präziser wir das formulieren, desto schneller kann ein solches Konzept am Ende auch umgesetzt werden.

Wir würden den Antrag der FDP mitgehen, und ich würde Sie bitten, unseren Antrag, der nicht im Widerspruch zu Ihrem steht, sondern eine Präzisierung ist, ebenfalls mitzutragen.

Da Abfallwirtschaft natürlich auch etwas mit Recycling zu tun hat und man natürlich gute Ideen recyceln kann, lade ich selbstverständlich meine Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen gern zu uns in die SPD-Fraktion ein. Wir haben noch viele tolle Ideen aus den letzten sechs Jahren, die alle abgelehnt worden sind. Vielleicht setzen wir uns bei einem Kaffee mal zusammen und sprechen darüber. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und von Ulrich Breite [FDP])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

**Güldane Tokyürek** (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Antragsteller\*innen! Sie schreiben in Ihrer Begründung, dass Sie Abfallvermeidung vor Wiederverwendung, vor Recycling, vor sonstiger Verwertung, vor Beseitigung mit Ihrem Antrag würdigen wollen. Warum tun Sie es denn dann nicht? - Sie haben die aufgezählten Punkte nämlich in Ihren Beschlüssen nicht ein einziges Mal erwähnt. Sie werden dem entgegengetreten,

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 19**

(vom Redner ungelesene Fassung)

dass dies Bestandteile des Zero-Waste-Konzeptes seien. Aber weitere Bestandteile sind natürlich auch Kompostierung und Konsumverweigerung.

Dass die CDU die Konsumverweigerung nicht explizit in einem eigenen Antrag genannt haben wollte, leuchtet sehr wohl ein. Aber das Thema Kompostierung ist eng mit der subventionierten Biotonne verbunden, die leider für viele Menschen immer noch nicht erhältlich ist, wenn ihre Vermieter dies ablehnen und die Verweigerung der AWB dies ermöglicht. Damit das Kreislaufwirtschaftsgesetz einzuhalten, ist im Betriebsausschuss AWB bereits legendär.

Wir unterstützen die Erstellung eines Zero-Waste-Konzeptes und glauben, dass die AWB dies ideologiefrei erstellen kann. Wir haben die Erwartung, dass die eben angesprochenen beiden Punkte darin ebenso auftauchen wie eine spezielle Steuer auf Einwegverpackungen wie Pastaboxen und Kaffeebecher; denn solche Verpackungen verursachen Kosten. Im besseren Fall landet der Müll in den Mülltonnen der Stadtverwaltung, deren Aufstellung und Leerung Geld kostet. Die BV Kalk hat gerade beschlossen, in Höhenberg in der Nähe von Fastfood-Restaurants neue Mülltonnen aufzustellen, da der Einwegmüll überhandnimmt. Im schlechteren Fall landet er irgendwo in der Landschaft, wo er teuer wieder eingesammelt werden muss oder vom städtischen Rasenmäher in Mikroplastik verwandelt wird.

Die Verursacher dieser Kosten zahlen zu lassen ist ökonomisch und ordnungspolitisch sehr wohl richtig, aber das ganze Konzept darf natürlich nicht dazu führen, dass man zum Beispiel keine abgepackten Nudeln oder Haferflocken mehr in Kölner Supermärkten kaufen kann und für unverpackte mehr als das Doppelte zahlen muss. Das mögen sich vielleicht viele erlauben können, aber Zigtausend Kölnerinnen und Kölner müssen den Cent zweimal umdrehen.

Kurzum: Wir bitten die AWB, den sozialen und finanziellen Aspekt in ihrem Konzept zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Etablierung eines Tausch- und Verschenkenmarktes, wie ihn die Berliner Stadtreinigung bereits seit Jahren betreibt, und die Einführung des Abfallfreitags. Wir können uns da einiges vorstellen, aber auch, dass es Jahre dauern kann, bis ein solches Konzept vorgelegt wird, und die Politik es dann zerredet. Es wäre schön, hier Einigkeit zu demonstrieren. Der Umweltschutz eignet sich nicht zur politischen Profilierung.

Ich möchte gern noch auf die Änderungsanträge von SPD und FDP eingehen. Herr Homann, Sie

haben es gerade genannt: Es geht um die Präzisierung und nicht um ein Dagegen-Sein. Das verstehen wir. Wir können die Anträge von der FDP auch nachvollziehen. Es sind Präzisierungen. Aber wir glauben, dass die AWB erst einmal die Möglichkeit haben muss, ein Konzept zu erstellen, und wenn dieses Konzept erstellt ist, dann können wir als Politikerinnen und Politiker dort hineingehen und Änderungen vornehmen. Ich glaube, wir sollten das auf den Weg geben und entsprechend wirklich erst einmal die AWB arbeiten lassen. Ich glaube, das ist der richtige Weg. Wir werden dem Antrag dann zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer möchte nicht Abfall vermeiden? Wer möchte nicht geringere Müllberge haben? Wer möchte nicht weniger Müllexport nach Ostasien oder Nordafrika haben? - Ich glaube niemand.

Sie, Frau Schneeloch, haben eben eine Chance vertan, ein sehr wichtiges Thema aus der Profilierungsecke herauszuholen und einzuladen. Wenn Sie allen Ernstes sagen, Recycling sei Ausdruck des Kapitalismus und Wirtschaft wachse nicht immer, dann steht das doch diametral entgegen der Begründung in dem Antrag. Bevor Sie hier lächeln, lesen Sie den Antrag. Darin steht: Abfallwirtschaft, Kreislaufwirtschaft sind erforderlich. Sie haben echt eine Chance zur Profilierung verpasst.

Gleichwohl möchte ich auch noch einige Dinge zur Sache sagen.

Erstens zur Argumentation der SPD: Abfallvermeidung, Menschen zu empowern, Abfall zu vermeiden, aufzuklären, ist doch eigentlich das, was wir brauchen. Es glaubt doch niemand, dass Sie Zero Waste tatsächlich hinbekommen. Es wird immer Müll geben. Und wer das nicht glaubt, der muss zugestehen, dass er unehrlich ist. Deswegen sind mir doch die ganzen Zwischenschritte viel wichtiger. Einer dieser Zwischenschritte ist von der SPD aufgebracht worden. Deswegen werden wir den SPD-Änderungsantrag gern unterstützen.

Zu unseren beiden Änderungsvorschlägen: Wer ist denn hier im Raum, der nicht dagegen wäre,

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 20

(vom Redner ungelesene Fassung)

dass Littering ebenfalls vermieden werden soll? - Sie schreiben es doch in Ihrer Begründung, Frau Schneeloch. Sie haben es eben sogar gesagt: die Leute bei ihren Corona-Spaziergängen. Das, was Sie eben gesagt haben, haben wir beantragt. Deswegen verstehen wir die Schärfe nicht, mit der Sie unseren Antrag abgelehnt haben.

Last but not least: Zum Thema Recycling habe ich eben auch schon ausgeführt. Recycling ist nach wie vor Abfallkreislauf. Das ist gar nicht wegzudenken. Da können wir beschließen, was wir wollen. Wenn wir hier zumindest eine kleine Nuancierung beschließen könnten, um es effizienter und treffsicherer zu machen, dann wäre uns allen gedient. Frau Schneeloch, Sie haben eine Chance verpasst, schade. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Liebe Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer\*innen! Vorweg: Wir begrüßen diesen Antrag und die eingebrachte Expertise absolut. Danke, Alex! Wir wünschen uns allerdings einen noch ganzheitlicheren Ansatz.

Im Antrag ist die AWB als Hauptverantwortliche für die Entwicklung des Zero-Waste-Konzeptes angeführt. Es ist sehr erfreulich, dass der städtische Betrieb diese Verantwortung übernehmen möchte. Das Tagesgeschäft der AWB zeigt allerdings hauptsächlich Expertise im Ressourcenzyklus, in den Phasen Ressourcenrecycling und -entsorgung aus der Dienstleisterperspektive.

Um sicherzustellen, dass der gesamte Ressourcenkreislauf aus allen Perspektiven berücksichtigt wird, sodass das Konzept der Kreislaufwirtschaft ganzheitlich funktioniert und vor allem auch damit vermeidbarer Müll konsequent vermieden wird, ist es aus unserer Sicht sinnvoll und unabdingbar, dass alle weiteren Akteur\*innen aus der Stadtgesellschaft mit gleicher Verantwortung beteiligt werden. Vor allem braucht es echte Beteiligung der Zivilgesellschaft. Das erfordert Transparenz des Prozesses sowie der Entscheidungen in der Entwicklung des Zero-Waste-Konzeptes für die Stadt Köln. Vor allem erfordert es auch die Möglichkeit, sich regelmäßig und konstruktiv am Inhalt beteiligen zu können. Dies könnte beispielsweise durch einen agilen bürger\*innenzentrierten Gestaltungsprozess gelingen, wie er etwa aus Ser-

vice, Design, Civic Design und ähnlichen Ansätzen bekannt ist. So könnten beispielsweise Zwischenversionen des Konzeptes veröffentlicht und diskutiert oder gar prototypisch getestet werden. Dies würde die Machbarkeit und vor allem die Akzeptanz der Maßnahmen in der Stadtgesellschaft signifikant erhöhen.

Generell unterstützen wir natürlich absolut den Zero-Waste-Köln-Verein und begrüßen eine enge Beteiligung und Mitwirkung dieser zivilgesellschaftlichen Expertise. Im Übrigen würden sich die KLIMA FREUNDE darüber freuen, wenn die Einladung der SPD an die Fraktionen, sich mal gemeinsam an einen Tisch zu setzen zu diesem Thema, auch auf die KLIMA FREUNDE und die anderen Ratsgruppen ausweiten würde.

(Mike Homann [SPD]: Jederzeit, jederzeit!)

- Danke.

Mit Blick Richtung FDP sei noch gesagt, dass es bei den KLIMA FREUNDEN selbst zwei Mitglieder gibt, die das Zero-Waste-Konzept konsequent leben, und zwar sogar mit einem Kleinkind und einem Baby. Es ist also möglich. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt wie folgt abstimmen: zunächst über den Änderungsantrag der FDP, dann über den Änderungsantrag der SPD und dann über den Ursprungsantrag.

Wer dem Änderungsantrag der FDP zustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann, die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die AfD. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, Die PARTEI, Frau Gabrysch, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und Frau Syndicus.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, die gibt es auch noch!)

- Sie ist so weit weg von mir. Das ist für mich immer so ein Problem.

Dann frage ich nach Enthaltungen. - Es enthalten sich die Fraktionen DIE LINKE und die AfD. Dann ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 21**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dann lasse ich jetzt über den Ursprungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist diesem Antrag so zugestimmt. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich komme jetzt zu dem eben noch zugesetzten Dringlichkeitsantrag.

**3.1.11 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Die Linke., FDP, Volt, der Gruppen Die PARTEI, KLIMA FREUNDE und GUT und von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „KHD-Gelände“ AN/1020/2021**

Ich frage: Wer spricht?

(Niklas Kienitz [CDU]: Niemand! - Zuruf von der CDU: Der ist selbsterklärend!)

Es spricht niemand. Gut.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist das so beschlossen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD, FDP, der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Ich komme jetzt zu den Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung.

Ich rufe auf:

**4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt

**4.1 Anfrage Die PARTEI betreffend „Schutzauftrag Kindeswohl in Zeiten der Pandemie“ AN/0576/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 30.04.2021 1332/2021**

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Wir haben es so ausgemacht, dass vorab eingereichte Nachfragen schriftlich beantwortet werden.

**4.2 Anfrage der FDP-Fraktion betreffend „Sachstand Masterplan Quartiersgaragen“ AN/0985/2021**

Diese Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

**4.3 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Offene Fragen zum Lebenslagenbericht“ AN/0998/2021**

**Antwort der Verwaltung vom 06.05.2021 1681/2021**

Hier liegt die Antwort der Verwaltung vor.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Nachfragen sind schriftlich eingereicht!)

- Ja, die Nachfragen werden schriftlich eingereicht.

**4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Angriffe auf Kölner Ordnungskräfte nehmen zu - welche Gegenmaßnahmen hat die Stadt im Sinn?“ AN/0997/2021**

Diese kurzfristig eingegangene Anfrage wird zur nächsten Sitzung beantwortet.

Ich rufe auf:

**6 Ortsrecht**

Tagesordnungspunkt

**6.1.2 Stellplatzsatzung für Köln 3217/2019**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0528/2021**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0503/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und Die Linke. AN/1011/2021**

Ich gebe als Erstem Herrn Wahlen das Wort.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ich dachte, wir reden nicht! Wir haben doch gesagt, wir reden nicht!)

Herr Wahlen, Sie haben das Wort.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Sag zu Protokoll!)

Sie wollt nicht reden, aber bei mir stehen Sie auf der Redeliste. Alle verzichten?

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 22

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Mike Homann [SPD]: Wir müssen kurz zwei Sätze dazu sagen, warum!)

Können Sie vielleicht die Rede zu Protokoll geben, um die Stimmung nicht ganz auf den Tiefpunkt zu bringen?

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja!)

Das ist wunderbar.

**Jürgen Kircher (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wie ich es eben schon einmal gesagt habe: Es ist natürlich ein Ding, so etwas so kurzfristig uns zu geben. Das haben wir aber schon einmal gesagt, klar, aber es ist heute schon so viel gesagt worden.

Ich möchte trotzdem noch einmal erwähnen, was eben auch von den Grünen gesagt worden ist: Natürlich sind Inhalte darin, aber wir haben nicht die Zeit gehabt, dies zu bearbeiten. Ich möchte das hier noch einmal zu Protokoll geben. Wir hätten mit Sicherheit darüber abstimmen können, aber wir sind inhaltlich nicht so weit in der Zeit gekommen. Es ist schade, es ist wirklich schade, dass wir das jetzt hier so abbügeln. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Wir sind auch nicht sortiert, Herr Kircher.

(Jürgen Kircher [SPD]: Ja, das macht nichts! Wir sind ja alle nur Menschen! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Abstimmen!)

. Auch die Verwaltung ist in einer ähnlichen Situation. Ich möchte das einfach mal sagen.

Da kommt der Redebeitrag zu Protokoll.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU] überreicht der Verwaltung ein Dokument)

Ich frage zunächst einmal die Antragsteller SPD und DIE LINKE, ob sie ihren Antrag aufrechterhalten.

(Güldane Tokyürek [DIE LINKE]: Wir nicht! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wir nicht!)

- Sie nicht?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein!)

Hält die SPD ihren Änderungsantrag aufrecht?

(Mike Homann [SPD]: Ja! - Jürgen Kircher [SPD]: Natürlich!)

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, dann über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sind die SPD-Fraktion, die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das abgelehnt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Zugestimmt!)

- Ja, er ist aber trotzdem abgelehnt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Wieso?)

- Das reicht ja nicht. Was habe ich gefragt? - Ich habe gefragt: Gegenstimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Genau!)

Gegenstimmen waren von der SPD-Fraktion, AfD-Fraktion, FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein! - Christian Joisten [SPD]: Ich würde es gern so sehen! - Mike Homann [SPD]: Wir können das gern so machen!)

- Jetzt haben wir einmal die Gelegenheit gehabt, Herr Joisten. Stimmt, ja, ich stand jetzt auf dem Schlauch.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt und DIE LINKE abstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, jetzt stimmt es! Das war eine schwere Geburt!)

Jetzt stimme ich über die Vorlage -

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Geänderte Vorlage!)

- in Anlage 16 in der durch den gerade beschlossenen Änderungsantrag beschlossenen Form ab. Gibt es Gegenstimmen? - Der SPD-Fraktion, der

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 23**

(vom Redner ungelesene Fassung)

AfD-Fraktion, von FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. So stimmt es jetzt aber.

(Beifall bei der LINKEN - Michael Weisenstein  
[DIE LINKE]: Nach drei Jahren!)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

**6.1.3 Änderung der Betriebssatzung der Stadt Köln für den Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln vom 12.04.2010  
0786/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

**6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**

**6.2.1 Änderungsverordnung zum Kölner Taxitarif  
0539/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Breite, bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ein kurzes Statement: Die FDP-Fraktion zeigt sich solidarisch mit den Taxiunternehmern, die hier Veto einlegen gegen den TAXI RUF Köln wegen der Tarifierhöhungen. Wir teilen die Sorge dieser Taxiunternehmer, dass diese Erhöhung, die eigentlich sicherlich gut gedacht ist, bei den Taxiunternehmern noch viel mehr Schaden anrichtet, weil sich dadurch der Wettbewerb mit Uber, mytaxi bzw. FREE NOW und anderen dieser Unternehmen noch weiter verschärfen wird, und sie werden zurückbleiben. Heutzutage entscheiden Sie sich schon für die App und können sich das aussuchen, und dann entscheidet das auch der Preis. Darum wird diese Erhöhung nicht helfen. Das sehen viele Taxiunternehmer auch so. Darum werden wir uns solidarisch zeigen und diese Verordnung ablehnen. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich, ob es Gegenstimmen gibt. - Der FDP-Fraktion und von Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

**6.2.2 Satzung zur rückwirkenden Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 19. Dezember 2012  
0988/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

**6.4 Sonstige städtische Regelungen**

**6.4.1 Änderung der Richtlinie für den Einsatz von Abschlussprüferinnen und -prüfern bei städtischen Beteiligungsgesellschaften und Eigenbetrieben/eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen  
0686/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**

Dann kommen wir zu den haushaltsrechtlichen Unterrichtungen des Rates. Können wir das gemeinsam zur Kenntnis nehmen? Gibt es dazu von Ihnen Übereinstimmung, oder ist jemand dagegen? - Herr Wortmann. Sie würden das einzeln haben wollen?

(Walter Wortmann [Freie Wähler Köln] nickt)

Dann machen wir das.

**7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2020/21 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21  
1419/2021**

Gegenstimmen? - Keine.

**7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO**

**7.2.1 MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln - Kostenerhöhung  
0061/2021**

Sie wollen das nicht zur Kenntnis nehmen, okay. Oder ist das eine Wortmeldung, Herr Wortmann? - Eine Wortmeldung muss er machen dürfen.

**7.2.2 Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2021  
1012/2021**

Wünscht das jemand nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Nein.

**7.2.3 Herrichtung von Trendsportangeboten für Kinder und Jugendliche, Stresemannstraße in Köln-Finkenbergring  
0609/2021**

Das wird auch zur Kenntnis genommen.

Dann haben wir die 7er-Tagesordnungspunkte abgearbeitet.

Ich rufe auf:

**10 Allgemeine Vorlagen**

Tagesordnungspunkt

**10.2 Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) Äußerer Grüngürtel Nord Grüne Brückenschläge (Bedarfsanerkennung, Schenkungsannahme)  
0063/2020**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss im Zuge des erhöhten Risikomanagements der Stadt Köln für die Silvesterfeiern in den Jahren 2021 bis 2024 und Vergabe der Leistungen  
0283/2021**

Wortmeldungen? - Bitte, Herr Cremer.

**Christer Cremer (AfD):** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden hier mit Nein stimmen, weil es hier um das Thema Silvester geht.

Meine Frage an Sie alle ist: Wann haben wir endlich wieder ein normales Silvester, dass diese Sicherheitskonzepte in dem Umfang nicht erforderlich sind, dass nicht Tausende Polizisten in der Kölner Innenstadt unterwegs sein müssen? - Das heißt nicht, dass wir gegen Sicherheitskonzepte sind. Wir sagen nur: Wir wollen ein normales Silvester, Köln bitte normal, genauso wie Deutschland bitte normal. Von daher: Ich glaube, das geht

ein bisschen am Thema vorbei. Das ist der Grund für unsere Nein-Stimme.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Weitere Wortmeldungen sehe ich nämlich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**10.4 Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt; hier: Bauvorhaben Hohenzollernring 62  
1152/2020**

Meine Damen und Herren, hier hat zunächst Frau Pakulat das Wort.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das sind die Grünen, die hoch hinaus wollen! - Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Illegalerweise!)

**Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrtes Publikum! Ich werde hier zunächst einmal als Vorsitzende des Stadtentwicklungsausschusses ein paar mehr Worte verlieren, bemühe mich trotzdem, mit meinen drei Minuten Redezeit auszukommen.

Der Rat hat letztes Jahr den Auftrag an die Verwaltung vergeben, ein neues Höhenkonzept aufzustellen, das existierende für die linksseitige Innenstadt zu erweitern und nachzubessern. Diesem Auftrag wurde sehr prompt nachgekommen. Wir hatten im März eine sehr gute Auftaktveranstaltung mit viel Expertise aus dem In- und Ausland gehabt, die uns auch schon auf dem Erkenntnisweg ein wenig weitergebracht hat.

Nicht neu dabei war, dass Köln eine relativ überschaubare Anzahl an Hochhäusern hat, was natürlich an der Topographie, also an der Fläche liegt, aber natürlich auch daran, dass diese Stadt maßgeblich durch den Dom dominiert wird. Der Dom ist hier der Maßstab aller Dinge. Danach muss sich auch eine Bebauung richten. Der Dom ist auch eine Bürde in der Beziehung, aber er ist auch eine Hilfe, weil er natürlich ganz klare Parameter schafft.

Wir wenden unseren Blick mal auf die Ringe oder den Ring - so muss man eigentlich sagen -, der als *gute Stube* Kölns oder eigentlich eher als *Salon* von Köln mal geplant war. Er sollte schon etwas feiner sein, eine Ausgehmeile für die gute Gesellschaft.



## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 25

(vom Redner ungelesene Fassung)

Am Hohenzollernring 62 steht im Moment ein Hochhaus mit der Höhe von 33 Metern. Auch dieses Hochhaus passt schon nicht ins Hochhauskonzept, also ins existierende Höhenkonzept.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das wurde aber vorher gebaut!)

Es wurde vorher gebaut, gewiss, aber es besteht natürlich ein gewisser Bestandsschutz für diese Höhe, bis der Eigentümer vorhat, es abzureißen. Dieser hat aber jetzt die Intention geäußert, ein neues Hochhaus an der Stelle zu bauen - überwiegend, weil diese Gewerbeimmobilie für den heutigen Bedarf nicht mehr nutzbar ist, jedenfalls nicht für eine solch - sagen wir einmal so - herausragende Adresse; denn das sollte sie eigentlich sein.

Wenn wir uns aber diesen Ort genauer anschauen, sehen wir auch, dass dort - die Verwaltung nennt das so - ein wenig qualifizierter öffentlicher Raum entstanden ist mit dem Bau des existierenden Hauses. Eigentlich finde ich den Ausdruck noch ganz schmeichelhaft: *wenig qualifizierter öffentlicher Raum*. Jeder kann sich vorstellen, dass es mit einer andersförmigen Bebauung dort sehr viel besser aussehen könnte. Für einen Neubau sollte nicht der einzige Parameter die Höhe sein, sondern es sollte auch die Breite und Tiefe sein. Ich sage einmal: die Masse. Und die Masse, die dort im Moment steht, ist - egal, von welcher Achse Sie schauen - sehr unpassend für diesen Ort. Eigentlich weiß ich gar nicht, warum man das an der Stelle einmal genehmigt hat.

Jetzt setze ich mal mein grünes Hütchen auf. Es kursieren immer einige Märchen, Grüne seien grundsätzlich gegen Hochhäuser, Grüne kippen jetzt um und seien plötzlich für Hochhäuser. Weder das eine noch das andere ist wahr.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir können uns an einigen Stellen durchaus Hochhäuser vorstellen, weil die Maxime für die kommenden Jahre sein sollte: weniger Flächenversiegelung. Wir müssen Flächen einsparen, und besser ist es natürlich, sie beim Gewerbe einzusparen als beim Wohnen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Pakulat, die Redezeit ist um ein Weites überschritten.

**Sabine Pakulat** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich komme auch fast zum Ende.

Das Ring-Konzept, das auch Teil des Höhenkonzepts ist, sagt an einer Stelle aus: Es sollen auch Solitäre von maximal 60 Meter Gebäudehöhe über Gelände zulässig sein, wenn diese innerhalb der Blöcke liegen und um etwa eine Gebäudetiefe zurückspringen.

Eine solche Aussage muss man natürlich ernst nehmen - auch für eine kommende Bebauung.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber nicht an dieser Stelle!)

Das, was wir uns jetzt von dieser Neuplanung versprechen, ist vor allem, dass sie uns bei der Entwicklung des Höhenkonzeptes weiterhilft. Denn es hilft nicht, das rein theoretisch zu machen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Dann muss man es zurückstellen!)

Es muss sich an der Praxis zeigen und an der Praxis auch abarbeiten. Wir müssen auch einen Beweis führen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Aber erst einmal bauen und dann der Plan!)

- Es wäre unheimlich nett, wenn ich erst einmal ausreden dürfte.

Deshalb sagt unser gemeinsamer Änderungsantrag des Bündnisses auch: Wir brauchen zuallererst eine Massiestudie, um festzustellen: Was passt an diesen Ort? - Nein, dieses hier heute ist kein Beschluss für ein neues Hochhaus. Ganz und gar nicht. Es ist der Beschluss für eine Planung. Was uns dann noch bevorstünde, wäre ein Aufstellungsbeschluss und ein Bebauungsplanbeschluss. Aber davon sind wir noch weit entfernt.

Wir wollen diese Prüfung haben, und ich sage Ihnen: Wir stehen mit dieser Planung noch ganz am Anfang. Es muss erst einmal bewiesen werden, was dorthin passt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Homann das Wort.

**Mike Homann** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Ratsmitglieder! Liebe Bürgerinnen und Bürger! Der Änderungsantrag zum Bauvorhaben Hohenzollernring 62, verfasst vom Kernbündnis, dient ausschließlich zur Verwirklichung von Investoreninteressen.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 26

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Während das Thema vor der Wahl mehrfach von den Grünen aufgrund von Verfristungen oder diversen Beratungsbedarfen sowohl im StEA als auch in den Bezirksvertretungen geschoben werden musste, scheint es jetzt nach der Wahl keinen Aufschub mehr zu dulden. So wurde der umfangreiche Änderungsantrag dem Stadtentwicklungsausschuss zum Sitzungsbeginn als Tischvorlage ausgehändigt, sodass im Vorfeld keine Bewertung und Beratung in den verschiedenen Fraktionen möglich war. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Stil.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ein Höhenkonzept, welches zu Beginn der 2000er-Jahre mit breiter Beteiligung und im Konsens der Stadtgesellschaft beschlossen wurde, soll nun faktisch zur Realisierung eines einzigen Bauvorhabens und zur Befriedigung der Interessen eines Investors, der sich leider für den Ankauf einer möglicherweise überbewerteten Immobilie entschieden hat, über den Haufen geschmissen werden. Dem neuen Höhenkonzept, was wir alle gemeinsam mit der Stadtgesellschaft entwickeln wollen, greifen Sie an diesem Punkte vor. Da fragt man sich: Warum haben wir nicht die Zeit, um auf dieses neue Höhenkonzept zu warten?

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Bei dem Höhenkonzept für die linksrheinische Kölner Innenstadt wurden die romanischen Kirchen klar als Relationsmaßstab herangezogen. Ich möchte hier ganz eindringlich davor warnen - Frau Pakulat, Sie haben gerade eben, für eine Kölnerin wirklich erstaunlich, den Kölner Dom eine Bürde genannt -, Fakt ist: Wir haben das Höhenkonzept erstellt, um nicht den Verlust des UNESCO-Weltkulturerbes in Kauf nehmen zu müssen. Das ist der Grund - zum Schutze auch unseres Kölner Doms. Nun sollen diese Leitlinien geopfert werden. Ich frage Sie: Wem gehört unsere Stadt? - Möchten wir als Politik der Stadt Köln weiterhin Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit treffen, oder wollen wir uns durch Investoreninteressen leiten lassen? Wollen wir uns unter Druck setzen lassen von denen, die ihren teuren Einkauf nun wieder hereinholen müssen, indem für sie alle Maßstäbe außer Kraft gesetzt werden, damit sie deutlich höher und damit auch rentabler bauen können? - Ich möchte daran erinnern: Erst wollten die Investoren dort 99 Meter bauen und jetzt als Kompromiss nur 67 Meter, was immer noch doppelt so hoch ist, wie sie eigentlich dürften.

Damit wir die Steuerungswirkung, die das Höhenkonzept derzeit hat, nicht verlieren, können wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen. Im Übrigen kommt die Verwaltung in ihrer Anlage 9 auch zu dem Schluss, dass wir die Steuerungswirkung des Höhenkonzepts mit Ihrem Antrag verlieren würden. Folglich würden Begehrlichkeiten geweckt, und in Zukunft würden viele Investoren höher bauen wollen. Das kann aber nicht unser Bestreben sein.

Die zulässige Bauhöhe prägt das Stadtbild maßgeblich und muss gut durchdacht sein. Eine unterstützende Genehmigung ohne fundierte Abwägung der Folgen für die gesamte Stadtentwicklung kann nicht unser Ziel sein. Das Gebäude kann saniert werden und in der gegebenen Höhe weiterentwickelt werden. Das sollte das erklärte Ziel für dieses Objekt sein. Aus diesen Gründen bitte ich Sie alle, für die von der Verwaltung vorgeschlagene Alternative A zu stimmen und den Bürger\*innen dieser Stadt klar zu signalisieren, dass die Stadt uns allen gehört und nicht einem drängenden Investor. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin schon etwas erstaunt, welches Narrativ Sie bedienen wollen, welche Bilder Sie hier aufzeichnen. Ich kann das in Teilen, Herr Homann, nur darauf zurückführen, dass Sie neu im Stadtentwicklungsausschuss sind.

(Zuruf von Jürgen Kircher [SPD])

Sonst hätten Sie die Diskussion mitbekommen, die im Übrigen in der BV 1 sehr dezidiert geführt wurde. Und auf der Beschlusslage fußt der Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt. Er greift Punkte auf aus den Veranstaltungen, an denen wir alle über Videostream, glaube ich, teilnehmen konnten. Er greift Punkte auf, was den öffentlichen Raum betrifft, was den Mehrwert für den öffentlichen Raum betrifft und was die Mischung für solche Vorhaben betrifft.

Kollege Sterck ist heute nicht anwesend. Wer sich zurückerinnert: Kollege Sterck hat in der Diskussion, die noch in der letzten Wahlperiode geführt wurde, ausgeführt, dass es Ausnahmen zum Höhenkonzept gibt. Es gibt Ausnahmen zum Höhen-

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 27

(vom Redner ungelesene Fassung)

konzept, deswegen gibt es das Gebäude gegenüber des hier angesprochenen Gebäudes, ehemaliges Gerling-Gebäude, die Entwicklung bzw. die Architektur von Foster. An dieser Höhenentwicklung haben wir uns orientiert.

Es tut mir leid, aber Sie tragen inhaltsmäßig hier einen Artikel vor - ich weiß nicht, ob Sie das mit der Kollegin inszeniert haben. Sie hat in den letzten sechs Jahren mit Ihnen im Stadtentwicklungsausschuss gesessen. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich weiß nicht, wie man dazu kommt, in die Überschrift eines Artikels heute zu schreiben, dass wir etwas genehmigen würden. Das Gegenteil ist doch der Fall. Da kann ich nur an eine sachliche Debatte Ihrerseits appellieren.

Wir haben zwei Schritte beauftragt: zum einen eine Massestudie und zum anderen einen Qualifizierungswettbewerb. Das bedeutet bei weitem keine Genehmigung, sondern einen Diskussionsprozess, einen Planungsprozess, in den der Stadtentwicklungsausschuss eingebunden ist - erstens.

Die Kollegin sitzt nicht mehr im Stadtentwicklungsausschuss. Ich weiß nicht, warum,

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

sonst hätte sie nämlich die Diskussion am letzten Donnerstag verfolgen können.

Zweitens hat der Stadtentwicklungs- und Baudezernent deutlich ausgeführt, dass diese Prozesse dringend miteinander verzahnt werden müssen.

Ich glaube, die Kollegin Barbara Schock-Werner gehört auch zu denjenigen, die immer gleich an erster Stelle sind, auf uns Politiker einzudreschen, wenn es mal irgendwo in der Stadt nicht weitergeht. Jetzt gehen wir hier mal endlich an dieser Ecke einen Schritt weiter. Die Kollegin hat es ausgeführt, dass es ist hier einen Impuls braucht.

Noch einmal: Wir genehmigen gar nichts, sondern wir gehen in ein Verfahren hinein, bei dem wir gemeinsam im Stadtentwicklungsausschuss über die gerade bezeichneten Verfahren Dinge entwickeln, die dem Standort guttun. Das ist kein Investoren-Hinterherlaufen oder sonst etwas.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt sagen, der mir wirklich auf der Seele liegt. In dem Artikel wird beschrieben, wie das in dem neuen Bündnis zugeht oder wie man sich abspricht. Ich zitiere aus dem Artikel:

Erklärbar ist das für mich nur als Folge eines üblen politischen Geschachers mit

dem Koalitionspartner CDU. Nach dem Motto: Gebt ihr uns unsere Verkehrsberuhigung, dann kriegt ihr eure investorengetriebene Stadtplanung.

Frau Schock-Werner sieht vielleicht gerade zu. Ich muss das im Namen der CDU und auch im Namen des Bündnisses auf das Schärfste zurückweisen und kritisieren.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich freue mich über einen inhaltlichen Diskurs, wie hoch wir bauen können, was wir an der Stelle machen können, und da soll natürlich auch eine so hochangesehene Persönlichkeit ihren Beitrag leisten in ihren Kolumnen - das ist völlig zugestanden und muss man aushalten -, aber das, was Frau Schock-Werner da macht, diskreditiert im Übrigen die gesamte Politik. Das lassen wir uns nicht bieten, und das muss ich zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Noch einmal: Wir genehmigen nichts, wir entscheiden nichts, was einem Baubeschluss gleichkommt. Wir gehen in ein Verfahren hinein. Das ist eng verzahnt mit der Entwicklung des Höhenkonzeptes. Es braucht aber diesen Planungsimpuls, diesen Ideenimpuls für diesen Standort. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kienitz, Sie probieren hier - Frau Kollegin Pakulat hat das auch getan -, uns ein X für ein U vorzumachen. Das kann natürlich nicht funktionieren.

Sie haben letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss eine Massestudie beschlossen; das ist völlig richtig. In dieser Massestudie haben Sie aber die Maße für die Höhe hineingeschrieben, und die liegen zwischen 39 und 67 Metern. Das wissen Sie. Und Sie wissen auch, dass wir momentan ein aktuelles Höhenkonzept haben, welches im linksrheinischen Innenstadtbereich die 22,50 Meter vorschreibt. Ja, es sind Hochpunkte möglich, aber diese Hochpunkte sind möglich,

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 28

(vom Redner ungelesene Fassung)

wenn sie stadtgestalterisch an dieser Stelle Sinn machen, und nicht, weil ein Investor sagt: Ich würde aber gern dort mindestens 67 Meter hoch bauen und in Wirklichkeit 99 Meter.

Herrn Sterck haben Sie eben zitiert - er ist heute nicht da -, und er hat es letzte Woche im Stadtentwicklungsausschuss auf den Punkt gebracht. Er hat nämlich die Wahrheit gesagt zu Ihrer Strategie: Wir haben die Pandemie, jetzt können wir doch froh sein, dass irgendjemand überhaupt baut. Was soll man denn da jetzt noch lange über Konzepte diskutieren?

(Beifall bei der LINKEN und von Christian Joisten [SPD])

Das ist der Geist Ihres Herangehens in dieser Frage, meine Damen und Herren.

Peinlich für Sie ist nur, dass Sie jetzt von ungewohnter Stelle auch noch richtig unter Beschuss geraten. Eine hochgeschätzte Person, die Frau Schock-Werner, die sich nun wirklich mit der Frage Dom und Schutz der romanischen Kirchen auskennt, haben Sie hier, wie ich meine, nicht gerade sachlich kritisiert, sondern Sie haben alte Dinge ausgegraben und Ihre Gekränktheit ans Licht geführt. Das finde ich nicht in Ordnung. Die Frau hat sich meiner Meinung nach sehr verdient gemacht um das Stadterscheinungsbild, und jetzt wird sie hier so diskreditiert. Das ist nicht in Ordnung.

Aber auch Ihre natürlichen Verbündeten, der Haus- und Grundbesitzerverein, hat diese Woche eine Presseerklärung herausgegeben und gesagt: Was Schwarz-Grün-Lila hier macht, ist irritierend. Der Haus- und Grundbesitzerverein ist in Sorge um das Stadtbild der Kölner linksrheinischen Innenstadt aufgrund Ihrer unüberlegten Handlungen und wegen dem Kniefall vor den Investoren, was hier Schwarz-Grün-Lila vollbringt.

(Beifall bei der LINKEN - Niklas Kienitz [CDU]:  
Das ist ein Widerspruch!)

- Nein, das ist überhaupt kein Widerspruch.

Der Kollege hat eine Zwischenfrage, ich freue mich darauf.

(Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Gut, keine Zwischenfrage.

Lassen Sie mich noch einen Satz sagen: Ich bin wirklich erschüttert. Mit großem Tamtam und Brimborium diskutieren wir darüber, dass wir für Köln ein neues Höhen- und Hochhauskonzept

brauchen. Wir fingen diese Diskussion am Samstag vor zwei Wochen an, und zwar mit hochkarätigen Gästen aus London, aus Mailand, aus Frankfurt, wo es durchaus Stimmen gab, die sagen: Es gibt gute Hochhäuser - es spricht auch niemand dagegen -, aber man muss sensibel damit umgehen. Man braucht zuerst das Konzept, und dann muss man überlegen, wo man ein Hochhaus baut, und nicht: Jetzt baut man eines, und danach strickt man sich ein gefälliges Konzept drum herum.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das kann nicht sein, meine Damen und Herren! Ich bin wirklich erzürnt.

Worüber ich noch erzürnt bin, ist - das hat der Kollege Homann schon ausgeführt, das muss ich nicht noch einmal wiederholen -: Da kriegt man so etwas auf den Tisch geknallt in so einer wichtigen Sache, es war noch nicht einmal in Mandatos eingestellt, und eine halbe Stunde später gehen Sie darüber hinweg, als wäre es irgendein Piefkram irgendwo in einer Ecke, wo es um nichts geht. Das ist, wie ich finde, kein guter Stil. Selbstverständlich lehnen wir das ab bzw. stimmen für die Alternative. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Breite das Wort.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir halten uns an die Beschränkungen, die Sie vorgegeben haben. Darum habe ich die Ehre, aber insbesondere das Glück, einmal zur Stadtentwicklung hier vor dem Hohen Hause zu sprechen.

Ich freue mich und gebe das natürlich weiter, weil Herr Sterck nicht da ist. Herr Weisenstein, Herr Sterck sagt selbstverständlich immer die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Aber schön, dass Sie das noch einmal zu Protokoll gegeben haben. Das hören wir doch immer gern von der linken Seite; das wissen Sie.

Über Hochhäuser reden wir noch einmal, vielleicht auch mit Ihren Genossen in Berlin; denn ich weiß, diejenigen in der Regierungsverantwortung sehen das ein bisschen anders als Sie. Aber das müssen wir jetzt hier nicht diskutieren.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 29

(vom Redner ungelesene Fassung)

Frau Oberbürgermeisterin, ich weiß, Ihr Vorgänger Konrad Adenauer konnte bei einer Brücke die Linken auch schon einmal überzeugen, dass wir sie bekommen. Vielleicht können wir uns das auch einmal in Berlin anschauen, was man dort für hervorragende Hochhäuser bauen kann.

Ich weiß nicht, wer 2007 im Rat dabei war; Herr Detjen war bei dem Beschluss dabei. Daher weiß Herr Detjen auch und hat Ihnen bestimmt erzählt, dass wir ausdrücklich beim Höhenkonzept entlang der Ringe Solitäre mit über 60 Metern zugelassen haben. Darum haben wir zum Beispiel beim Rudolfplatz auch anders gebaut. Hier haben wir einen Solitär. Man kann das in der Form machen; gerade bei den Kreuzungen war das in der Form angedacht. Darum ist das hier schon passend. Okay, Sie wollen das jetzt nicht, aber Sie müssen - wir wollen ja bei der Wahrheit bleiben, wie Sie gerade gesagt haben - schon sehen: Das steht im Höhenkonzept. Darum kann das Bündnis das, was es hier macht, auch machen. Darum unterstützen wir das auch.

(Beifall bei der FDP, beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Frau Pakulat, was ich mir nach Ihrer Rede noch wünschen würde, ist, dass Sie noch ein bisschen den Turbo einschalten; denn Sie sagen immer: Da wollen wir noch einmal schauen. Das ist eine Kölner Krankheit; es dauert alles immer so lange. Ich weiß auch - ich habe auch ein Interview von Ihnen, Frau Martin, gelesen -, das soll jetzt alles schneller werden. Da wünsche ich mir ein bisschen *Wumms*, dass es weitergeht, und zwar auch bei solchen Sachen. Denn wir wollen bauen und bauen. Wir haben auch gesagt, dass wir höher bauen wollen - gerade auch bei der Verdichtung in der Innenstadt. Da ist das in der Form sehr wichtig. Denn ich möchte nicht noch einmal erleben, was mit den Studentenwohnheimen an der Ecke Subbelrather Straße/Innere Kanalstraße passiert ist. Das ist nämlich zu Fall gekommen. Das ist sehr traurig, gerade, weil wir eine Studentenstadt sind. Egal, welche Gründe es sind, aber es kam nachher keine Alternative heraus. Darum hoffe ich, dass wir jetzt mit diesem Konzept ein Beispiel geben.

Ich bitte Sie, auch bei der Wortwahl ein bisschen aufzupassen - bei aller Kritik und weil man das anders sieht. Aber immer nur auf Investoren zu dreschen, die hierhin kommen, um zu investieren, ist nicht richtig. Wir sollten eigentlich dankbar sein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Deswegen ist der Haus- und Grundbesitzerverein auch so kritisch!)

Wir geben das als Politik vor. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, ein Investor ist immer schädlich und gegen die Stadtpolitik, das muss ich für meine Fraktion verneinen. Versuchen wir doch gemeinsam, mit denen, die das Geld geben, das Beste für Köln zu erreichen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wollte eines noch sagen: Bei der SPD war man - ich kann mich noch an Herrn Ott erinnern - auch immer sehr gern für Hochhäuser, gerade auch im Rechtsrheinischen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Vielen Dank. - Ich hatte eigentlich vorhin kurz überlegt, meinen Redebeitrag zurückzustellen, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Mir platzt hier gerade ein bisschen der Kragen. Mir ist es, ehrlich gesagt, völlig egal, wer hier wann und wo was früher gesagt und getan hat. Ich kann das, ehrlich gesagt, gerade auch nicht beurteilen. Deswegen hätte ich mich wahrscheinlich enthalten und werde mich wahrscheinlich auch enthalten, inwieweit es hier jetzt darum geht, sich nach dem Wunsch eines einzelnen Investors zu richten oder auch nicht.

Für mich geht diese Diskussion, die wir hier seit ungefähr einer halben Stunde führen, an der Sache vorbei. Wir müssten längst da sein, dass wir hier heiß darüber diskutieren, was wir mit jeglichen neuen Gebäuden - also auch mit diesem, das dort entstehen soll - an Flächennutzung machen, an Dachflächennutzung, an Fassadenflächennutzung. Wir haben, ehrlich gesagt, ganz andere Probleme in dieser Stadt, in diesem Land und auf dieser Welt. Es muss darum gehen, wie wir hier Gebäude errichten, die den zur Verfügung stehenden Platz, der sehr begrenzt ist, optimal nutzen, um der Klimaerhitzung bestmöglich entgegenzublicken und entgegenzuwirken. Es muss hier mittlerweile vor allem darum gehen, wie wir jeden Quadratmeter dafür nutzen, entweder Dach- und Fassadenbegrünung zu machen oder die Fläche für PV, Solarthermie oder auch eine Kombi zu nutzen. Das wünsche ich mir hier ab sofort in Zukunft. Das ist das, was meiner Meinung nach hier heiß diskutiert werden muss. - Danke.

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 30

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Jörg Detjen [DIE LINKE]: Bei einem 99-Meter-Bau können wir mehr Grün dranhängen!)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

**Karina Margareta Syndicus** (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer\*innen! Das Bauen in die Höhe ist eine absolut adäquate Möglichkeit, weiterem Flächenfraß vorzubeugen, und ich begrüße dies, wenn wir über Aufstockung von Bestandsgebäuden oder über bezahlbaren Wohnraum sprechen. Hier sprechen wir allerdings davon, dass die Stadt das übliche Investorenspiel mitspielt und zugunsten von Profitinteressen ihr Höhenkonzept links liegen lässt. Wie kann es passieren, dass im neuen Bündnis zwei Parteien, welche sich meines Erachtens nach gegen solche Erpressungsspielchen von Investoren durchsetzen müssten, auf etwas hereinfallen, was jeder zweite Kaffeeladen in seiner Preiskalkulation bei *klein*, *groß* und *mittel* beherrscht?

(Beifall bei der LINKEN)

67 Meter sind zwar nicht 100 Meter, aber eben auch nicht 22,5 Meter. Aufgrund der Mehrheiten im Rat ist zu befürchten, dass es tatsächlich zum Bau kommen könnte. Ich bin schon sehr gespannt auf die dortigen 30 Prozent WBS-Wohnungen, die Cradle-to-Cradle-Bauweise, die Fassadenbegrünung und die Solaranlagen, die ein neu errichteter Bau zu Zeiten des Klimanotstandes so vorzeigen sollte.

*Bruche mer nit, fott domet* sollte bitte nicht beim Höhenkonzept gelten, sondern bei einzelnen Investoren. - Danke.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Bezirksbürgermeister Hupke das Wort. - Jetzt hat sich noch Frau Venturini gemeldet. Das habe ich eben nicht gesehen. Andreas, bleibst du in der Nähe und lässt bitte erst Frau Venturini sprechen. Sie stand nicht auf meiner Rednerliste.

**Isabella Venturini** (Volt): Vielen Dank, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der ganzen Emotionalität

hier möchte ich einfach nur einige Dinge sagen und versuchen, wieder sachlich auf diesen Änderungsantrag zurückzukommen, weil ich das Gefühl habe, hier wird mit Behauptungen durch den Raum geschmissen, was, glaube ich, einen falschen Eindruck erweckt.

Ich möchte auf einen ganz bestimmten Punkt in unserem Änderungsantrag zurückkommen, und zwar beschließen wir bzw. möchten wir in einem Qualifizierungsverfahren verschiedene und klar differenzierte Höhenentwicklungen von 39 bis maximal 67 Meter über Gehweg inklusive Technik prüfen und darstellen lassen.

Also: Es ist nicht richtig, dass wir hier beschlossen haben, dass dort jetzt auf einmal ein Gebäude hingeklatscht wird, das 67 Meter hoch ist. Nur einmal so: 39 Meter bis 67 Meter sollen geprüft werden.

Zudem haben wir ein großes Interesse daran, dass auf dieser Fläche auch Wohnungen hinkommen. Das heißt, wir möchten prüfen lassen, inwiefern dieses Grundstück aufgeteilt werden kann in eine gewerbliche Fläche und in ein Wohngebiet, also in Wohnraum, damit dort auf Grundlage des kooperativen Baulandmodells hoffentlich auch Wohnungen hinkommen können. Darum geht es.

Zudem, was zum Beispiel Niklas Kienitz schon gesagt hatte, geht es uns darum, auch diesen öffentlichen Raum, der aktuell hässlich ist, einfach aufzuwerten.

Noch einmal: Bei diesen Ideen haben wir uns ganz stark an der BV 1 orientiert. Nur einmal so. Also versuchen wir, hier wieder ein bisschen sachlich zu sein. Ich würde mich freuen, wenn wir dann über diese Punkte konkret sprechen könnten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank für die Klarstellung. - Jetzt Herr Hupke.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke** (Innenstadt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Rates der Stadt Köln! Der Beschluss, den wir, glaube ich, im Juni 2020 gefasst haben, liegt Ihnen vor. Wie sich das für einen Bezirksbürgermeister gehört, hat er den Beschluss, der durchgekommen ist, hier zu vertreten, auch wenn er nicht dafür gestimmt hat. Das nenne ich mein demokratisches Verständnis. Damals wurden die

Grünen und die FDP niedergestimmt, oder der Beschluss wurde weggestimmt, und gewonnen haben CDU, SPD, LINKE, Deine Freunde und GUT. Das war sehr bunt.

Zur Sache selbst will ich einfach nur anmerken, dass auch ich in dieser Diskussion zur Besonnenheit rate, weil das Thema hochsensibel ist. Das habe ich schon mitbekommen bezüglich der Diskussion des Höhenkonzeptes, wie das in Deutz losging mit dem Triangel, wie es jetzt heißt, und dass damit auch - was noch mehr geplant war - das Weltkulturerbe Kölner Dom in Gefahr war.

Ich kann auch nur empfehlen: Wenn die Fachleute aus der ganzen Welt eingeladen werden, dann sollten auch die Fachleute von der UNESCO mit zu Rate gezogen werden, damit nicht noch einmal so etwas passiert, was damals passiert ist.

Dann komme ich jetzt eigentlich auch schon auf die Ziellinie: Weil es so eine hochsensible Sache ist, bitte ich darum, in einem freundlicheren Ton miteinander umzugehen, auch wenn hier ein Mensch, den ich sehr schätze - wie man auf Kölsch sagt -, auf die *Trumm kloppt*. Das darf sie, weil sie auch viel Gutes getan hat und auch weiterhin viel Gutes tut. Frau Schock-Werner kann auch Kritik vertragen. Es ist auch gut, dass wir solche Stimmen in der Stadt haben, die die Mahnerinnen oder die Mahner in der Wüste sind oder dann auch immer daran erinnern, was daraus werden könnte.

Zum Schluss zu dem Kollegen Breite: Es stimmt, dass Investoren kommen können. Aber man muss sagen: Die sollen zwar kommen, aber sollen Respekt haben, und zwar für demokratisch gewählte Gremien, und dürfen dann nicht so auftreten - ich meine das allgemein; ich war in vielen Preisgerichten - und einfach sagen: Ich will das und das und das, da musst du einfach nur noch dafür stimmen. - So geht das nicht! Da sollten wir auch sagen, wer Chefin oder Chef im Ring ist. - Danke fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage mit den Änderungen aus dem StEA, Anlage 11, abstimmen. Einen Änderungsantrag gibt es nicht, Herr Weisenstein, weil Sie eben gesagt haben, Sie wollen die Alternative.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Ja, Entschuldigung!)

- Okay. Ich wollte es nur noch einmal klarstellen, damit wir hier keine Missverständnisse aufbauen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Nein, nein, es ist gut!)

Gibt es Gegenstimmen? - Das sind DIE LINKE, die AfD, die SPD, Die PARTEI, Herr Wortmann und Frau Syndicus. Enthaltungen? - Frau Gabrysch. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

#### **10.5 Baubeschluss für den Umbau der Oskar-Jäger-Straße zwischen Aachener Straße und dem Ausbaubereich Aurelis-Gelände, ca. 200 m nördlich der Weinsbergstraße sowie Freigabe einer investiven Verpflichtungsermächtigung 1349/2020**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion  
AN/0148/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt  
AN/1015/2021**

Hier habe ich eine ganz kurze Rednerliste. Es beginnt Frau Gabrysch.

(Mike Homann [SPD]: Ach so?)

- Ja, ich habe niemand anderes auf der Rednerliste. Es tut mir leid.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Ich hatte mir das vorbehalten, dass ich, wenn es so von meiner Basis gewünscht ist, dann hier doch ans Mikrofon treten werde.

Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörer\*innen und Zuschauer\*innen! Es ist löblich, dass die Verwaltung an diesen Verkehrsknotenpunkten für mehr Verkehrssicherheit sorgen möchte, aber in der Beschlussvorlage heißt es: Die Auswirkungen auf den Klimaschutz seien positiv, weil der Verkehr dann effizienter abgewickelt werde.

Wenn wir uns bei allen Bauvorhaben damit zufriedengeben, dass es irgendwo einen Tropfen auf den heißen Stein gibt, wird sicher dieser Stein, genannt *Klimaerhitzung*, nicht abkühlen. Das bedeutet, dass es heiß werden wird - auch für Menschen zu Fuß und auf dem Rad entlang der Oskar-Jäger-Straße. Solche Situationen gibt es immer mehr; denn das früher hauptsächlich industriell und gewerblich genutzte Gebiet wandelt sich immer mehr in Richtung Wohnviertel.

Wenn wir hier zukunftsfähig planen und bauen wollen, dürfen wir - anders, als hier geplant - keine Bäume fällen, sondern müssen mehr Bäume pflanzen. Konkret schlagen wir vor, die lückenhafte Baumreihe auf der rechten Straßenseite der Oskar-Jäger-Straße zwischen Melatengürtel in Richtung und bis zur Höhe Aurelis-Gelände sollte mit neu zu pflanzenden Bäumen aufgefüllt werden. Die Baumscheiben sollten nicht bepflastert werden. Stattdessen muss auf ein gleichförmiges Substrat im Untergrund als Versickerungsraum geachtet werden. Stichwort: Das Wasser muss zum Baum.

Der Radweg auf dieser Straßenseite muss durchgängig neben der bestehenden Baumreihe geführt werden. Sollten dort Parkplätze im Weg sein, müssen diese zugunsten des Fahrradweges aufgelöst werden.

Einige Gewerbe- und Industriegebiete planen gerade, die Oskar-Jäger-Straße zu verlassen, wie zum Beispiel Thyssen oder die Bühnen der Stadt Köln. Da gäbe es bestimmt Möglichkeiten, eine Fläche für den Betrieb einer Quartiersgarage zu erwerben oder umzunutzen.

Anstatt Ampelkreuzungen sollten an den Kreuzungen mit der Weinsbergstraße, Widdersdorfer und der Stolberger Straße Kreisverkehre mit Begrünung gebaut werden. Dadurch würde der Verkehrsfluss mindestens genauso verbessert, entschleunigt und gefährdende Geschwindigkeitsübertretungen würden unterbunden. Bei Ampelkreuzungen gehen Autofahrende eher aufs Gas, um die Ampel noch bei Gelb zu erwischen; bei Kreisverkehren gehen sie vom Gas. Zu Fuß Gehende und Radfahrende haben immer Vorrang zum Autoverkehr, womit Wartezeiten entfallen.

Die KLIMA FREUNDE möchten, dass die Oskar-Jäger-Straße nicht nur ein bisschen verkehrssicherer gemacht wird, sondern auch im Hinblick auf das sich wandelnde Klima und die Klimaschutzziele, zu denen sich die Stadt verpflichtet hat, sollte daran gedacht werden, den Menschen die Fortbewegung zu Fuß oder mit Fahrrädern auch im Sommer bei hohen Temperaturen zu ermöglichen. Dazu ist es sinnvoll, die parkenden Autos von der Straße zu holen, diese in Quartiersgaragen unterzubringen und dafür Bäume zu pflanzen, die Schatten spenden.

Wir bitten, unsere Anmerkungen und Vorschläge bei der weiteren Planung und Konzeption zu berücksichtigen. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Kircher.

**Jürgen Kircher (SPD):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen dem Änderungsantrag zu, haben aber eine Anmerkung, die wir zu Protokoll geben. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Welchem Änderungsantrag?

**Jürgen Kircher (SPD):** Dem Änderungsantrag des Bündnisses.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay, danke. - Ich habe hier mehrere Änderungsanträge. Frau Gabrysch, ich gehe davon aus, dass Sie Ihre Wortmeldung im Protokoll wiederfinden und die dadurch auch eingespeist wird.

Ich lasse dann zunächst über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind die AfD-Fraktion, die FDP-Fraktion und Herr Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der abgelehnt.

Dann lasse ich die Vorlage mit den Änderungen des ersten Änderungsantrages abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Von AfD, FDP und Herrn Wortmann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

#### **10.6 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich-geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Deutzer Weg o. Nr., 51143 Köln-Porz-Mitte, Gemarkung Porz, Flur 2, Flurstück 3304 - Baubeschluss 2440/2020**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Frau Venturini.

**Isabella Venturini (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir möchten hier bei TOP 10.6 abstimmen wie die BV Porz. - Vielen Dank.



**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Sie stellen also den Änderungsantrag, so abzustimmen wie die BV Porz? - Sonst würde ich nämlich abstimmen wie Vorlage.

(Isabella Venturini [Volt] nickt)

Dann lasse ich zunächst darüber abstimmen. Das ist jetzt ein Problem? - Ja, für mich auch; das habe ich nicht gewusst. Das müssen wir besorgen. Wir können es vielleicht zurückstellen.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Was ist denn die BV Porz? - Isabella Venturini [Volt]: Die Anlage 13, ist eingestellt!)

Anlage 13, ist eingestellt. Dann würde ich vielleicht eine kurze Lesepause machen wollen. - Herr Joisten.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn uns vielleicht jemand aus der Verwaltung den Unterschied zwischen dem Beschluss Bauausschuss und BV Porz kurz darstellen könnte, wären wir wahrscheinlich relativ schnell im Bilde. Vielleicht kann die Verwaltung das ja tun. - Danke schön.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Ich kann das gern mit Stichworten tun.

Der Bauausschuss hat der Vorlage zugestimmt, und die BV Porz hat nach Anlage 13 gestimmt. Das ist die Umsetzung des Neubaus im Energiestandard Passivhaus, Dach- und Wandbegrünung sowie E-Ladestationen, Berücksichtigung von *GRÜN hoch 3*.

Der Finanzausschuss hat das nicht übernommen. Deswegen lasse ich grundsätzlich wie Vorlage abstimmen. Wenn ich allerdings jetzt den Änderungsantrag bekomme, wie BV Porz abzustimmen, dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. - Herr Detjen.

**Jörg Detjen (DIE LINKE):** Wenn ich das richtig sehe, gab es eine Vereinbarung mit der Verwaltung, dass man sagt: Projekte, die eingeleitet sind, werden jetzt so fortgeführt, und neue Projekte werden dann anders gemacht. Deswegen bitte ich darum, dass die Koalition diese Vereinbarungen, die sie auch mit der Verwaltung getroffen hat - das sind ja Planungen -, auch einhält. Wir stimmen dem auch so zu. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] nickt)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Kienitz. Anschließend würde ich gern Herrn Rau bitten, zu erklären, dass der Passivhausstandard nicht umzusetzen ist. So war es bisher von mir verstanden. - Herr Kienitz.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir halten uns an das, was abgesprochen ist, Herr Detjen. Wir greifen auf, was der Kollege Brust im Bauausschuss auf die Reise mitgegeben hat. Das sind nämlich alle Punkte aus der BV Porz, bis auf das Thema Passivhausstandard. Insofern - weil das dann ja in die Beratung im Finanzausschuss eingeflossen ist und dann auch in die entsprechende Beschlussfassung - beantragen wir, wie Finanzausschuss abzustimmen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Dr. Rau.

**Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau:** Jetzt sind alle Sachverhalte benannt worden. Es war tatsächlich so: Die BV 7 hat zusätzlich den Passivhausstandard beschlossen. Dagegen argumentieren wir, weil er eine erhebliche zeitliche Verzögerung von mindestens einem Jahr bedingen würde. Von daher war im Vorfeld auch die Vereinbarung: Künftig geplante Projekte im geförderten Wohnbau werden im Passivhausstandard gemacht. Porz wird jetzt ohne Passivhausstandard, aber mit den anderen Maßnahmen - Photovoltaik und Fassadenbegrünung - gemacht. Wir wären froh, es könnte so beschlossen werden, das heißt also nach dem Beschluss Bauausschuss und nicht nach dem Änderungsbeschluss BV 7.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Glashagen.

**Jennifer Glashagen (Volt):** Herzlichen Dank, Herr Dr. Rau, für diese Stellungnahme. - Mit dieser Aussage würden wir diesen Antrag zurückziehen und sind sehr glücklich darüber, dass bis auf den Passivhausstandard alle Forderungen der BV Porz umgesetzt werden. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank, Frau Glashagen. - Dann kann ich jetzt abstimmen lassen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.7 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2019 für die Bühnen der Stadt Köln  
3185/2020**

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.8 Live-Stream attraktiver gestalten  
1327/2021**

Eine Wortmeldung von Frau Gabrysch.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Das haben wir zu Protokoll gegeben. Ich hoffe, das ist angekommen.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Okay.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.9 Bestellung von Herrn Hein Mulders zum Opernintendanten und zum Mitglied der Betriebsleitung Bühnen Köln  
1402/2021**

Herr Hock.

**Michael Hock (Die PARTEI):** Liebe Frau Reker! Liebe Kollegen! Liebe alle im Internet und wo auch immer! Wir können uns zu der Personalie, die wir nun entscheiden sollen, nicht qualifiziert äußern. Das ist aber nach unserer bisherigen Erfahrung kein Grund, nicht trotzdem hier zu sprechen.

Herr Mulders wird ein schweres Erbe antreten. Die Ouvertüre zu dieser Personalentscheidung haben wir mit mäßigem Interesse verfolgt. Jedenfalls möge ein neues Morgenrot anbrechen, der Ring wird übergeben.

Ein, zwei Geleitworte zu dieser Gelegenheit von uns: Das E in der PARTEI steht für Elitenförderung. Deswegen sind wir selbstverständlich für überteuerte Großprojekte wie die Sanierung der Kölner Oper. Bis zu 644 Millionen Euro für ein überschaubares Grüppchen voll von Kultur, Bon-

vivants und perlenbehängten Begleiterinnen halten wir für angemessen. Die Einstellung eines entsprechend honorierten Intendanten für konsequent.

Schlimm, dass das Wahlvieh das nicht goutiert und der Bund der Steuerzahler das Projekt vollkommen zu Unrecht in seinem Schwarzbuch erwähnt. Diesem kulturfernen Unverständnis sei erwidert: All that glitters is not gold. Wozu also die Aufregung?

Ein kleiner Tipp von uns an dieser Stelle auch für andere Projekte: Führende PARTEI-Mathematiker haben empirisch anhand von zwei Großbauprojekten für eine realistische Kosteneinschätzung die *4711-Formel* entwickelt. Demnach sollten die angenommen Kosten eines Projektes mit 47 multipliziert und dann durch 11 dividiert werden, um sich den tatsächlichen Kosten eines Projektes zumindest zu nähern. So ließe sich vermeiden, dass es nachher zu teuer wird, zum Beispiel bei dieser Oper, der Herr Mulders nun als Intendant vorstehen wird.

Aus unserer Sicht am elegantesten wäre es wohl gewesen, wenn man den Vorschlag von Herrn Monsieur Pierre Boulez gefolgt wäre. Schon 1967 hatte der visionäre Dirigent und Komponist gefordert, alle Opernhäuser zu sprengen. Leider haben wir diese Chance vertan. Herr Boulez ist tot. Frau Meyer ist gegangen worden, und wir müssen wohl einen Holländer einfliegen lassen. Uns Schnupsis von der PARTEI ist es letztlich egal, wer dieses Amt bekleidet. Sollten wir zu der nächsten alkoholgeschwängerten illegalen After-Show-Party inklusive Räumung durch das Ordnungsamt eingeladen werden, versprechen wir schon jetzt, am lautesten zu rufen: *Ei, wie herrlich die neuen Kleider sitzen! Welches Muster, welche Farben!* - Bis dahin aber betrachten wir das Elend und tragen nicht dazu bei. Deswegen von Die PARTEI heute eine vornehme Enthaltung zu diesem Laienschauspiel. - Vielen Dank, vielen Dank, vielen Dank.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Danke schön, dass Sie Ihre Redezeit eingehalten haben, Herr Hock.

Ich lasse das jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der LINKEN, der PARTEI und von Frau Gabrysch. Damit ist das so beschlossen. Danke.

**10.10 Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud**  
**hier: Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2019 - 31.12.2019**  
**0672/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.11 Wirtschaftsplan 2021 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln**  
**0604/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.12 Förderprojekt „Wasser muss zum Baum“**  
**hier: Planungsbeschluss sowie Bereitstellung und Freigabe von außerplanmäßigen investiven Auszahlungsermächtigungen**  
**0403/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.14 Fortsetzung der Gemeinwesenarbeit in den bestehenden Quartieren auf der Basis des neu entwickelten Förderprogramms**  
**0949/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.15 Ausschreibung eines Rahmenvertrages über die Lieferung von Elektrogeräten für Leistungsbeziehende aus den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie für die Einrichtungen des Amtes für Wohnungswesen**  
**0975/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse die Vorlage mit der Ergänzung aus dem Sozialausschuss, Anlage 4 abstimmen, die vom Finanzausschuss übernommen worden ist. Entsprechend der Empfehlung des Rechnungsprüfungsamtes wird die Verwaltung prüfen, ob Rahmenverträge zusammengelegt werden können.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.16 Neubau einer Zweifachturnhalle an der Kurt-Tucholsky-Hauptschule, Helene-Weber-Platz 3 in 51109 Köln-Neubrück - Planungs- und Baubeschluss**  
**1544/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse die erste Alternative wie Sportausschuss und Finanzausschuss und BV 8 abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.17 Erweiterung des bisherigen Projektes „Bleibereichtsperspektiven für langfristig geduldete Menschen in Köln“ zum Programm „Bleibeperspektiven in Köln“**  
**3534/2020**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Der FDP. Dann ist so beschlossen.

**10.18 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Ostheim und Neubrück“**  
**3704/2020**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.19 Teilnahme am Landesprogramm „Kommunales Integrationsmanagement“ hier: Umsetzung der Förderbausteine 1 und 2**  
**1004/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.20 Stadtentwässerungsbetriebe Köln AöR, Stadtwerke Köln GmbH; Gründung und Beteiligung an der „KLAR GmbH“ (Klärschlammverwertung am Rhein GmbH)**  
**1178/2021**

Hier habe ich eine Reihe von Wortmeldungen. Es beginnt Herr Hammer bitte.

**Lino Hammer** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es hier eigentlich bei dieser Klärschlammverbrennungsanlage? - Meine Kollegin Sandra Schneeloch hat vorhin in ihrer Rede gesagt, dass wir in Deutschland einer der größten Ressourcenkiller überhaupt sind. Mit der Klärschlammverbrennung gelingt es uns,

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 36**

(vom Redner ungelesene Fassung)

dass wir zum Beispiel den Phosphor wieder herausfiltern können und so auch den Phosphorbedarf, den wir weiterhin haben, entsprechend mit dem decken können, was wir - ich sage es einmal so - alle selbst produzieren und dann entsprechend verbrennen müssen, um es nicht einfach so in die Landschaft zu bringen, wie es bisher auch gern mal mit Klärschlamm gemacht wurde.

Die Frage ist: Warum muss das Ganze denn jetzt in Köln stattfinden? Welche Vorteile hat eine solche Anlage für Köln? - Wir alle wollen, wie dieser Rat auch mehrfach bestätigt hat, das Braunkohlekraftwerk in Merkenich letztlich ersetzen. Das müssen wir auch, wenn wir unsere Klimaziele in dieser Stadt einhalten wollen. Wir haben dabei sehr ambitionierte Ziele. Das heißt, das Braunkohlekraftwerk kann dort keinerlei Rolle mehr spielen.

Wir haben aber durch dieses Kraftwerk, das dort bisher noch in Betrieb ist, diverse andere Funktionen, außer Strom zu erzeugen, nämlich vor allem auch Fernwärme. Das heißt, einen adäquaten Ersatz dafür zu finden in Kombination mit einer entsprechenden Klärschlammverbrennung, halten wir für unsere Fraktion für eine Win-Win-Situation, auch weil - das geht in der Diskussion vielleicht alles ein bisschen unter - wir es schaffen, den Klärschlamm durch Schiffe anliefern zu lassen. Auch dazu gibt es bereits Modellprojekte, wie man das nicht mit Dieseltankern wie bisher macht, sondern mit modernen Schiffen auf alternativer Basis. Wir haben einen Düker vor Ort, das heißt, ich muss auch nicht mit den Lkw vor Ort das Ganze anfahren lassen. So können wir dort annähernd CO<sub>2</sub>-neutral trotzdem Fernwärme erzeugen, die wir zum Beispiel für Ford und für Prozessdampf etc. brauchen.

Das heißt, es gibt viele gute Gründe, diese Anlage bzw. diesen Braunkohlekessel quasi durch eine solche Klärschlammverbrennungsanlage zu ersetzen.

Ja, es gibt vor Ort durchaus sehr viele Bedenken, dass die Lkw-Verkehre dort zunehmen. Der Kölner Norden ist - das wissen wir alle - durchaus einer der belastetsten Stadtbezirke, was Lkw- und Industrieverkehre angeht. Aber man darf eben auch nicht vergessen: Gerade durch die Klärschlammverbrennung werden dort auch Verkehre letztlich reduziert, indem wir alternative Anlieferungswege haben.

Ich glaube, es ist uns allen im Ausschuss für Umwelt und Grün gelungen, einen sehr guten Kompromiss zu finden, was die Klärschlammverbren-

nung auf der einen Seite angeht, aber auf der anderen Seite eben auch die Verkehrsprobleme vor Ort in Einklang zu bringen.

Wir hatten es gerade auch bei der Diskussion um das Hochhaus, was vermeintlich sofort käme: Auch hier kommt morgen nicht die Klärschlammverbrennungsanlage. Wir gründen mit diesem Beschluss die Gesellschaft, die die Verbrennungsanlage perspektivisch bauen wird. Bis dahin gibt es noch sehr viele Prozesse. Dazu wird es natürlich eine adäquate Bürger\*innenbeteiligung geben. Die StEB geht auch noch einmal auf die Leute zu, um entsprechend alle mitzunehmen. Von daher kann ich für unsere Fraktion nur dafür werben, heute diesem Gründungsbeschluss für die KLAR zuzustimmen in der Fassung des Unterausschusses, um hier auch einen weiteren Schritt in Richtung Klimaneutralität zu gehen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] und Christian Joisten [SPD])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

**Christian Joisten (SPD):** Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren auch dort draußen an den Bildschirmen! Ich glaube, ich brauche jetzt nicht die Vorteile, die Lino Hammer gerade für das KLAR-Projekt aufgezählt hat, alle im Detail zu wiederholen. Ich glaube, es ist deutlich geworden, dass wir es hier mit einem durchaus sehr sinnvollen Projekt zu tun haben. So können wir doch die Biomasse, die wir alle produzieren, zur Energieerzeugung nutzen, Schadstoffe herausfiltern und eben gleichzeitig auch Verkehr ökologisch und nachhaltig gestalten bzw. wegfallen lassen. Die vielen Lkw-Transporte, die heute noch von Stammheim quer durch die Stadt erforderlich sind, werden zukünftig nicht mehr gebraucht, weil eine Hochdruckleitung diese Masse nach Merkenich bringt. Auch das macht schon deutlich, warum Merkenich eben in diesem Fall fast ein alternativer Standort ist, weil all diese Eigenschaften, dass wir also einen kurzen Weg unter dem Rhein hindurch haben, dass wir eine Schiffsanlegestelle haben, dass wir ein vorhandenes Kraftwerk haben und auch eine Einspeisung in das Fernwärmenetz möglich ist, in Merkenich vorhanden sind. Das macht den Standort so attraktiv.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 37**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Dennoch können wir die Sorgen und Ängste der Menschen im Kölner Norden sehr gut nachvollziehen und werden - das sage ich hier auch eindeutig zu - diesen Rechnung tragen. Wir haben das in Teilen schon getan, nicht zuletzt auch durch Beschlussfassung im Umweltausschuss und im Aufsichtsrat.

Denn eines ist klar: Der Kölner Norden gehört zu den auch in der Vergangenheit immer wieder besonders belasteten Bereichen und der Stadtteil Merkenich ganz besonders.

Die Menschen vor Ort haben die Erfahrung gemacht, dass Politik vieles beschließt, wenig kommuniziert und sie am Ende des Tages viel mit Belastungen leben und wenig davon haben. Als jüngstes Beispiel, womit wir ein bisschen von unserer eigenen städtischen Verantwortung wegleiten können, hat sich auch das Land nicht mit Ruhm bekleckert, als es darum ging, die Baumaßnahme rund um die A 1 bzw. die Leverkusener Brücke dort vor Ort zu erklären und darzustellen. Da kam es dann schon einmal zu der Situation, dass nachts um 2 Uhr eine ganze Armada von Tiefladern und Baustellenfahrzeugen vorfuhr und kein Mensch wusste, dass diese kommen, sodass die gesamte dort wohnende Nachbarschaft aufgeweckt wurde und nicht mehr zum Schlafen gebracht werden konnte.

Deswegen verstehen wir, dass an der Stelle eine hohe Skepsis vorhanden ist, und zwar trotz aller Beteiligung - das erkennen wir an, das ist auch durchaus loblich -, die die Stadtwerke hier geleistet hat. Es hat eine frühe Einbindung in diesem Fall der Interessenvertretungen gegeben. Das muss auch sehr intensiv fortgesetzt werden. Wir haben schon gemeinsam auch auf unsere Initiative hin, aber dann doch breit in diesem Rat getragen, einen Änderungsantrag, den wir heute mit beschließen, auf den Weg gebracht, sodass eine bestimmte Wegführung vorgegeben wird. Wir halten es auch für dringend erforderlich, dass sich daran gehalten wird.

Last, but not least sollten wir uns hier heute alle gemeinsam auch darauf committen und verständigen, dass die Menschen im Kölner Norden darauf vertrauen können, dass wir ihnen nicht nur Belastungen als Stadt insgesamt bringen, sondern dass wir uns hier auch um sie kümmern. Deswegen will ich dazu aufrufen, dass wir uns gemeinsam in den nächsten Wochen und Monaten um den Kölner Norden, um die Straßenzustände, um ÖPNV, Fernwärme oder Glasfaseranbindungen, um Kita- und Schulinfrastruktur oder auch um den fehlenden Einzelhandel kümmern. Alles Punkte, die in diesen Stadtteilen in den letzten

Jahren deutlich vernachlässigt wurden. Wenn wir das machen - da sind wir jetzt in der moralischen Verantwortung -, dann gewinnen wir auch die Menschen vor Ort für ein solches Projekt. Dafür werde ich. Wir Sozialdemokraten werden da vorangehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt Frau Aengenvoort.

**Constanze Aengenvoort (CDU):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Beschlussvorlage sieht vor, dass sich die Stadtwerke Köln und die Stadtentwässerungsbetriebe an der Gründung der KLAR GmbH beteiligen. Der Gegenstand des Unternehmens ist die Planung, die Errichtung und dann auch der Betrieb einer Klärschlammverbrennungsanlage. Wir benötigen diese Anlage, weil es eben ab 2029 eine gesetzliche Pflicht gibt, aus Klärschlamm Phosphor zurückzugewinnen.

Das Konzept, das die StEB mit weiteren Partnern entwickelt hat, überzeugt uns, vor allem auch unter Umweltgesichtspunkten. Der Standort in Merkenich ist eben über das Schiff und über die Bahn zu erreichen. Der Klärschlamm aus Stammheim kann sogar über einen Düker dorthin gepumpt werden. Dadurch reduzieren sich die Lkw-Fahrten insgesamt in Köln, die für Klärschlammtransporte erforderlich sind, und zwar um bis zu 90 Prozent.

Außerdem kann die Abwärme der Anlage im Fernwärmenetz verwendet werden, und so leisten wir auch einen Beitrag zur Versorgung, wenn dann das Heizkraftwerk am selben Standort die Verwendung von Braunkohle aufgibt.

Wir halten die Entscheidung für diese Klärschlammverbrennungsanlage auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für sinnvoll - jedenfalls dann, wenn wir die Mindestmenge von den 30.000 Tonnen Trockenrückstand erreichen. Sie ist sinnvoll, weil wir damit unabhängig von der Marktentwicklung für die Klärschlamm Entsorgung werden und eine gewisse Preisstabilität erreichen. Das schlägt sich natürlich am Ende auch in der Gebührenstabilität nieder.

Außerdem sichern wir Technologiewissen im Stadtwerkekonzern und schaffen letztlich auch Arbeitsplätze am Standort. Gesamtstädtisch betrachtet ist das eine gute Entscheidung, die wir

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 38

(vom Redner ungelesene Fassung)

hier heute treffen. Aber es gibt natürlich auch einen Stadtteil, der an dieser Stelle belastet wird, und das ist Merkenich.

In den Gesprächen im Vorfeld - meine Fraktionskollegen aus dem Kölner Norden haben viele Gespräche geführt - haben wir die Sorgen wahrgenommen und auch viele Fragen gehört. Die Sorgen beziehen sich insbesondere auf gesundheitliche Risiken und auf die Verkehrsbelastung. Die Fragen sind auch wirklich sehr ausführlich und differenziert gestellt worden. Die Leute vor Ort haben sich wirklich auch schon gut informiert. Die StEB umgekehrt hat sehr dezidiert bereits einen 71 Fragen umfassenden Fragenkatalog beantwortet, sodass ich glaube, dass wir durchaus auf einem guten Weg sind, was den Austausch angeht.

Um die Sorgen aufzunehmen, haben wir eben - wie auch schon erwähnt - im Umweltausschuss den Beschluss zur Verkehrsführung gefasst und dass die Lkw-Fahrten möglichst reduziert werden sollen. Wir bitten jetzt die Verwaltung und auch die StEB, die Resolution der Bezirksvertretung Chorweiler zu berücksichtigen, dort noch einmal Antworten zu geben und auch über den gesamten dann noch anstehenden Planungsprozess im Austausch zu bleiben.

Wir als CDU-Fraktion werden ein Augenmerk darauf haben, dass die Punkte der Resolution bearbeitet werden; denn nur so wird es am Ende eine gute Lösung für die gesamte Stadt, wenn auch die Merkenicher diese Anlage dort akzeptieren können.

(Beifall bei der CDU und von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Herr Breite bitte.

**Ulrich Breite (FDP):** Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich finde es immer sehr bemerkenswert, wie fantasie reich die Stadtwerke sind, wenn es um die Namensgebung ihrer neuen Unternehmen geht. Hier haben wir es jetzt mit der KLAR GmbH zu tun. Wie man bei Klärschlamm jetzt auf KLAR kommt, weiß ich nicht.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist eine Abkürzung! - Christian Joisten [SPD]: Abkürzung!)

- Herr Hammer, Sie haben mir wieder einmal geholfen, vielen Dank. Darauf wäre ich jetzt nicht gekommen.

Ich glaube, trotzdem wird die Namensgebung, Frau Oberbürgermeisterin, nicht viel helfen. Wir müssen die Menschen noch ein bisschen davon überzeugen. Denn wenn man erst einmal *Klärschlamm* hört, denkt man nicht an klar, sondern dann denkt man an schmutzig, es stinkt oder sonst irgendetwas. Wenn man sich dann einmal diese Konzepte anschaut, dann hat das viel weniger damit zu tun, sondern es ist auch ökologisch richtig, dieses Verfahren hier zu wählen. Dass wir die Braunkohle dort aufgeben und dieses innovative Verfahren hier wählen, ist, glaube ich, richtig.

Ich möchte auch daran erinnern - das wurde hier, glaube ich, auch schon gesagt -, dass wir dies hier insbesondere auch für die Fern- bzw. Betriebswärme benötigen, die wir für Industriegebiete brauchen. Ford Merkenich wurde angesprochen. Viele Arbeitsplätze hängen davon ab, dass wir dort wieder ein Kraftwerk hinbauen, das Wärme erzeugt. Das erreichen wir hiermit. Das müssen wir den Menschen dort auch deutlich machen.

Ich bin auch für die Ausführungen meiner CDU-Kollegin sehr dankbar, die noch einmal deutlich gemacht hat, welche Chancen das bietet. Man muss einfach die Bürger mitnehmen, dass wir hier Chancen haben - gerade auch für den Kölner Norden. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Aus unserer Sicht wurde alles Wichtige schon gesagt. Ich ziehe daher zurück. - Danke.

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Frau Syndicus.

**Karina Margareta Syndicus (GUT Köln):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich begrüße die Gründung der Klärschlamm GmbH. Seitens der Bürger und Bürgerinnen gab es viel Gegenwind, was insbesondere an gefühltem mangelnder Kommunikation und Transparenz lag. Durch einen umfassenden

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 39

(vom Redner ungelesene Fassung)

den Fragenkatalog, der wirklich zeitnah beantwortet wurde, ist hoffentlich ein wenig Klarheit eingetreten. Der Klärschlamm ist nicht erst seit gestern da und sollte bestmöglich genutzt werden. Ich begrüße die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen.

Ich appelliere an die StEB und an die Verwaltung, auch in Zukunft transparent zu sein und auf Bedenken der Bürger und Bürgerinnen zeitnah zu reagieren - unabhängig von erst später durchzuführenden Öffentlichkeitsbeteiligungen. - Vielen Dank.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE] und Jennifer Glashagen [Volt])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Jetzt hat der Bezirksbürgermeister Herr Zöllner das Wort.

**Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner** (Chorweiler): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Kollegen Bezirksbürgermeister! Sehr geehrte Zuschauer! Ich möchte Ihnen von der Stimmung im Bezirk berichten, über die Freude, dass der Bezirk wieder einmal in den Fokus der gesamten Stadt gerückt ist.

Der Bezirk soll wieder für das Image der Stadt Köln herhalten. Zuletzt war es die Biogasanlage. Ein belasteter Bezirk bzw. ein stark belastetes Veedel, wie wir schon gehört haben. Ich nenne nur die Baustelle der A1-Brücke, der Verkehr, der sich täglich durch den Bezirk und durch die Orte schiebt und sich nicht nur entsprechend dort durchschiebt, sondern auch in den Orten steht, wodurch die Verhältnisse für die Anwohner sehr unbefriedigend sind.

Dies hat auch mit der geplanten Klärschlammverbrennung zu tun. Hier müssen viele Punkte beachtet werden, wenn entsprechend eine solche Anlage entstehen soll. Einige Punkte sind bereits genannt worden. Ich möchte diese aber noch einmal zusammenfassen:

- Benennung und Auflistung der geprüften Alternativstandorte für die Klärschlammverbrennung mit Bewertungskriterien der einzelnen Standorte,
- Bewertung der verschiedenen technischen Verfahren zur Rückgewinnung des Phosphors aus der Klärschlammverbrennung und Begründung des ausgewählten Verfahrens,

- Auflistung der geprüften Alternativen zur Verbrennung von Klärschlamm in Merkenich und um die Standortsicherheit für Fernwärme und Prozessdampf zu gewährleisten,
- Prüfung und Benennung einzelner Systeme zur Abgasreinigung bei der Klärschlammverbrennung,
- Aufstellung einer Liste aller Verbrennungen von aus Klärschlamm entstehenden Stoffe - feste, gasförmige und flüssige - sowie deren Zusammensetzung und Kategorisierung,
- Prüfung, welche Möglichkeiten bestehen, Fernwärme in Merkenich auszubauen bzw. teilweise überhaupt erst anzubieten.

Es scheint vielen nicht bekannt zu sein, dass Großteile von Merkenich noch nicht einmal mit Fernwärme versorgt werden. Das ist eigentlich ein unmöglicher Zustand.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Weiterhin:

- dass der Abtransport der Verbrennungsrückstände ausschließlich über die Schiene erfolgt,
- Festlegung von verbindlichen An- und Abfahrtswegen für die zwingenden Lkw-Fahrten,
- Festlegung von Maximalzahl von Lkw-Fahrten zu und von der Klärschlammverbrennungsanlage, die nicht durch Transporte über die Schiene ersetzt werden können,
- Feststellungen, dass der Transport von Klärschlamm anderer Kommunen, die Rheinanlieger sind, nur über den Wasserweg erfolgt,
- Sicherstellung, dass die Anlieferung von Klärschlamm aus Stammheim nur über Rohrleitungen zu erfolgen hat,
- detaillierte Informationen für die Bevölkerung auf digitalem Weg und auch wieder, wenn es möglich ist, auf Präsenzveranstaltungen.

Unabhängig von der Klärschlammverbrennung ist es unbedingt erforderlich, die Lkw-Fahrten und die Möglichkeiten der Lkw-Abstellung für den gesamten Bezirk zu analysieren und zu prüfen. Ein Lkw-Führungskonzept für den Bezirk 6 muss eng mit der Verwaltung, dem Rat und der BV 6 erarbeitet und erstellt werden.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, SPD und AfD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank für diesen Beitrag. - Dann komme ich jetzt

zur Abstimmung. Ich lasse abstimmen wie Umweltausschuss, Anlage 5. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und die AfD. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

**10.21 Zuschuss zur Erhaltung des Kölner Doms  
1234/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen.

**10.22 Stadtwerke Köln GmbH (SWK): Verwendung des Jahresüberschusses 2020  
1417/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.23 Ersatzneubau der Kragplatte am Altstadtufer; Baubeschluss  
2695/2020**

Ich frage, wer das Wort wünscht; ich habe nämlich eine sehr übersichtliche Redeliste. - Niemand. Dann können wir darüber abstimmen.

Ich lasse abstimmen wie Verkehrsausschuss, Anlage 9. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen.

**10.24 Freigabe- und Baubeschluss der Maßnahme „Modernisierung und energetische Ertüchtigung Kulturbunker Mülheim“; Programm „Starke Veedel - Starkes Köln“  
2994/2020**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.25 Förderprogramm „Dritte Orte“ (verwiesen aus dem Finanzausschuss vom 03.05.2021)  
0022/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Gruppe GUT**

**AN/1010/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen?

(Zuruf: Änderungsantrag!)

- Ja, es gibt einen Änderungsantrag, aber ich frage erst einmal - weil bei mir gar nichts vorliegt -, ob sich jemand dazu äußern möchte.

Dann lasse ich zunächst den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Volt und der Ratsgruppe GUT abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine.<sup>1</sup> Dann ist so beschlossen.

**10.26 Elternbeiträge zur Kindertagesbetreuung, hier: pandemiebedingte Einschränkungen  
1602/2021**

Diese Vorlage ist zugesetzt worden. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**10.27 Erstattung von Elternbeiträgen für die Monate Mai und Juni 2021 wegen des eingeschränkten Regelbetriebs aufgrund von Covid-19 an den Offenen Ganztagschulen und in weiteren schulischen Ganztagsangeboten  
1623/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

**11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes**

**11.1 Betreff: 225. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 9, Köln-Mülheim, Arbeitstitel: Sigwinstraße in Köln-Höhenhaus  
hier: Erneuter Feststellungsbeschluss  
0238/2021**

<sup>1</sup> Anmerkung: Die AfD-Fraktion hat nach der Abstimmung zu Protokoll gegeben, dass sie sich enthalten wollte.



Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

## 12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

### 12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 58485/02 Arbeitstitel: Zum Dammfelde in Köln-Widdersdorf 0005/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

### 12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 65450/05 Arbeitstitel: Belgisches Viertel in Köln-Neustadt/Nord 0314/2021

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/0529/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU AN/0538/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt und der Gruppen KLIMA FREUNDE und GUT AN/1021/2021**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1022/2021**

Da beginnt meine Redeliste mit Christiane Martin.

**Christiane Martin** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg\*innen! Liebe Zuschauer\*innen! Wem gehört die Stadt? Wem gehört das Belgische Viertel? - Über diese Fragen lässt sich trefflich streiten, und genau das tut halb Köln seit geraumer Zeit. Soll das bekannte und beliebte Ausgeh- und Wohnviertel *Belgisches Viertel* einen Bebauungsplan bekommen, um zukünftige Nutzungen festzulegen, oder nicht? - Die einen sagen: Unbedingt! Die anderen sagen: Auf gar keinen Fall!

Dabei ist das Ziel, das beide Seiten im Auge haben, durchaus unstrittig. Es geht um den Erhalt

der Vielfalt in diesem Viertel, um die bunte Mischung, um das urbane Flair, um die Mischung aus Wohnen, kleinen Läden sowie Gastronomie mit Kneipen, Bars und Restaurants.

Es ist auch klar, dass beides geschützt werden muss: das Wohnen, aber eben auch die Gastronomie und der Einzelhandel. Sie sollen sich weder ausbreiten noch verdrängt werden. Wir sind davon überzeugt, dass ein Bebauungsplan das richtige Instrument ist, um dieses Ziel zu erreichen. Allerdings - in Klammern - wird der Bebauungsplan nicht erreichen, dass auf dem Brüsseler Platz Ruhe einkehrt; das ist ein ordnungsrechtliches Problem, das sich baurechtlich nicht lösen lässt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU und SPD)

Wir sind aber auch davon überzeugt, dass der vorliegende Entwurf an einzelnen Stellen der vereinbarten Zielsetzung zuwiderläuft. Bestimmte Regelungen würden aktuelle gewerbliche Nutzungen unverhältnismäßig einschränken. Um dem entgegenzuwirken, haben wir einen Änderungsantrag vorgelegt.

Herr Greitemann, bitte nehmen Sie das mit an Ihre Leute: Wir möchten der Verwaltung für den vorliegenden Entwurf natürlich grundsätzlich danken. Gleichzeitig bitten wir aber um Verständnis, dass wir Sie nun mit den im Änderungsantrag genannten Nachbesserungen beauftragen. Diese haben das Ziel, den Status quo im Belgischen Viertel zu erhalten. Uns ist auch bewusst, dass wir den Prozess nun noch einmal hinauszögern, halten dies aber für verhältnismäßig.

Wir gehen davon aus, dass noch in diesem Jahr der B-Plan in dieser veränderten Vorlage beschlossen werden kann, dass damit ein Ausgleich all der verschiedenen und gleichermaßen berechtigten Interessen erreicht wird und das Belgische Viertel als urbanes Viertel erhalten werden bleiben kann - so, wie die Kölner\*innen es lieben. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU, der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Homann das Wort.

**Mike Homann** (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratskolleg\*innen! Sehr

geehrte Bürgerinnen und Bürger am Stream! Der geplante Bebauungsplan für das Belgische Viertel beschäftigt uns alle schon seit mehreren Jahren. Stehen doch die Interessen der Gewerbetreibenden nach Ausübung ihres Berufes - im Übrigen auch ein Grundrecht - auf der einen und die Interessen der Bürger\*innen nach Nachtruhe und Erholung auf der anderen Seite.

Das Belgische Viertel ist ein besonderes Viertel mit einem besonderen Charme und viel urbanem Leben. Aber dass lange Zeit vorher schon bei der Diskussion über einen B-Plan ein Gefühl war, dass man mit diesem baurechtlichen Instrument den Versuch startete, ein eigentlich ordnungsrechtliches Problem am Brüsseler Platz zu lösen, das war auch der Grund, weshalb sich die SPD-Fraktion lange Zeit gegen einen B-Plan ausgesprochen hat. Denn Folgendes muss uns bewusst sein: Die für die Anwohner\*innen besonders belasteten nächtlichen Versammlungen am Brüsseler Platz - wenn die Pandemie hoffentlich bald vorbei ist -, werden auch durch einen B-Plan nicht gelöst oder verhindert werden. Die Lärmbelästigung der Anwohner\*innen wird sich auch nicht einzig durch den städtischen Ordnungsdienst beseitigen lassen. Diese Verantwortung, die die Stadt Köln am Brüsseler Platz trägt, wird der heute zu beschließende B-Plan nicht mindern. Wir werden weiterhin gemeinsam nach Lösungen für diesen Ort suchen müssen.

Obwohl der Weg bis hierhin kein leichter war und Interessenlagen und Bedürfnisse sehr unterschiedliche sind, freue ich mich umso mehr, dass wir nun über einen gemeinsamen Änderungsantrag aller demokratischen Parteien abstimmen können. Der Änderungsantrag vereint die Interessen sowohl der Anwohnerinnen und Anwohner als auch der Gewerbetreibenden im Veedel. Einerseits ist der Bebauungsplan nun differenzierter ausgearbeitet, sodass Gewerbetreibende Planungssicherheit haben und ihren Beruf im Belgischen Viertel weiterhin ausüben können, andererseits wird eine unverhältnismäßige Ausbreitung von gewerblicher Nutzung eingegrenzt, sodass die Sorge der Anwohner und Anwohnerinnen vor der Entwicklung einer Partymeile im klassischen Sinne im Veedel berücksichtigt wird.

Ich denke, dass es uns allen nun gelungen ist, eine für alle Seiten zufriedenstellende und sinnvolle Lösung zu entwickeln. Der nun zu beschließende Bebauungsplan stellt einen Kompromiss dar, den wir als SPD-Fraktion nun voller Überzeugung mittragen können, weil er alle Bedürfnisse im Rahmen der Möglichkeiten bestmöglich berücksichtigt. Aus diesem Grund werde ich natürlich ebenfalls um Zustimmung zum gemeinsamen

Änderungsantrag und bedanke mich ausdrücklich bei allen für die allseitige Unterstützung und die konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

**Niklas Kienitz (CDU):** Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wer hätte das gedacht, dass ein B-Plan so emotionalisieren kann, wie das in den letzten Wochen und Monaten bei der Diskussion über den B-Plan für das Belgische Viertel passiert ist. Da war von *Feuerwalze* die Rede, von dem Ende eines Viertels. Vielleicht erinnert sich der eine oder andere - ich weiß gar nicht, ob das in der Debatte eingebracht wurde - an das Argument, es hat eine Partei im Wahlkampf gegeben, die gesagt hat: Das kommt hier alles weg. - Das wollte natürlich keiner. Also eine hochemotionale Debatte, weil vielleicht zu viele Erwartungen an dieses sehr formale Werk eines B-Planes geknüpft wurden. Er soll halt alles regeln, und hier haben wir nun einmal relativ viel zu regeln und viel zu berücksichtigen.

Wir haben das Thema Wohnen - ja, es ist ein Wohnquartier. Wir kennen die Probleme, die direkt am Brüsseler Platz in den letzten Jahren entstanden sind. Es ist gesagt worden, das sei ein ordnungsrechtliches Thema. Wir haben aber auch Gewerbetreibende, wir haben die Gastronomie, wir haben Clubs, Bars usw. All das sollte versöhnt werden. Wahrscheinlich war dieses Regelwerk von Anfang an überfrachtet und infolgedessen auch zum Scheitern verurteilt.

Das, was jetzt in den letzten Wochen, in den vielen Gesprächen, in den vielen Runden gelungen ist, ist der Versuch, diese widerstreitenden Interessen zu versöhnen und sich aufeinander zuzubewegen; denn wir glauben, dass der vorliegende B-Plan das nicht in Gänze erbracht hat oder erbringen konnte. Das heißt, wir justieren jetzt an der einen oder anderen Stelle nach - ja, es ist richtig: zulasten des Wohnens, aber wir glauben, dass hier sozusagen eine Ungleichheit in der Ausartierung des vorliegenden B-Plans beseitigt wird.

Ich weiß gar nicht, wer es gerade angesprochen hat - Mike Homann wahrscheinlich -: In den Gesprächen bzw. in den vielen Runden ist aber auch deutlich geworden, dass es dort ein unheimliches Engagement gibt. Vielleicht ist das auch über die

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 43**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Diskussion etwas eingeschlafen. Ich glaube, die Politik ist gut beraten, das, was sich an Energie und an Engagement vor Ort geäußert hat, aufzugreifen und an Konzepten und an Ideen weiterzuarbeiten, wie das Zusammenleben in den nächsten Jahren in diesem Viertel gestaltet werden kann.

Wer das bei Social Media verfolgt hat: Es gibt jetzt erste Initiativen für ein Verkehrskonzept und dergleichen mehr. Vielleicht gibt es auch innovative Ideen, wie man tatsächlich noch durch schallmindernde Maßnahmen Dinge regeln kann. Ich glaube, Politik hat jetzt die Aufgabe, an dieser Stelle nicht stehenzubleiben. Wir müssen das Formale abarbeiten, und zwar mit der Verwaltung zusammen. Politik hat die Aufgabe, das, was geäußert wurde und in den letzten Wochen und Monaten vorgetragen wurde, aufzugreifen und weiterzuentwickeln. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der SPD und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort.

**Michael Weisenstein (DIE LINKE):** Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich vorausschicken, dass ich davon ausgehe, dass alle, die sich in den letzten Wochen mit dem Thema Belgisches Viertel auseinandergesetzt haben, ein Ziel haben, nämlich dass es ein ausgeglichenes Viertel wird oder bleibt. Da fängt es schon an, sich zu differenzieren. Alle, die sich damit beschäftigt haben, wissen auch, dass ein B-Plan nur ein bestimmter Teilaspekt bzw. ein bestimmter Teil der Lösung sein kann.

Aber ein B-Plan ist natürlich eine relativ langfristige Sache, und wir sind schon der Auffassung, dass der B-Plan so, wie er von der Verwaltung vorgelegt worden ist, dazu tauglich gewesen wäre, das Belgische Viertel langfristig als ein gemischtes Quartier zu sichern. Deswegen finden wir es sehr bedauerlich, dass an diesem Bebauungsplan, den die Verwaltung vorgelegt hat und in den die Verwaltung sehr viel Arbeit und Energie gelegt hat, jetzt herumgedoktert wird.

Wir haben hier das typische Phänomen, dass Politik probiert, Verwaltungsarbeit zu erledigen, indem sie sich einen Bebauungsplan vornimmt und bestimmte Dinge, die einen politisch unangenehm sind, einfach herauspickt. Dabei vergessen Sie

bzw. Sie haben es nicht vergessen, sondern Sie haben es Gott sei Dank noch früh genug erkannt: Sie probieren jetzt, das nach außen so zu spielen, als wären Sie in der Lage, einen B-Plan zu verändern, um damit einzelne Einrichtungen zu schützen. Das geht aber nicht. Ein B-Plan richtet sich immer nach öffentlichen Kriterien und nach öffentlichen Interessen und nicht nach einzelnen Einrichtungen. Sie waren nun so klug und haben es kurzfristig als Prüfauftrag umgedoktert; das ist gut, weil dann die Verwaltung in vier, sechs, acht oder zehn Wochen sagen kann: Tut uns leid, das ist rechtlich nicht möglich. - Insofern ist es gut, dass Sie das gemacht haben, weil auf der anderen Seite spätestens irgendein Verwaltungsgericht gesagt hätte: Das geht so nicht, was ihr hier macht. - Das wussten Sie, und deswegen erteilen Sie jetzt einen Prüfauftrag.

Das Fatale daran ist, dass Sie hier so tun, als würden Sie es in der Hand haben, diese Diskotheken oder diese Gaststätten und dieses Gewerbe, was dort jetzt wirklich ein Problem hat, zu schützen. Sie tun es aber nicht. Sie tun nur so. Das Schlimme ist: Sie wissen das auch.

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie hätten doch jetzt, nachdem Sie das Bündnis haben - Sie haben doch die Macht in dieser Stadt - Folgendes machen können: Sie hätten doch diesen B-Plan, den die Verwaltung vorgelegt hat und an dem sie jahrelang gearbeitet hat, beschließen können und danach schauen können: Wie können wir den individuell Betroffenen, die dort wirklich Nachteile erlangen - da müssen wir gar nicht herumdiskutieren -, helfen?

Warum haben Sie es nicht so gemacht, dass Sie erst den B-Plan beschlossen hätten und dann zu den Leuten hingegangen wären und gesagt hätten: Jetzt schauen wir, wie wir Ihr Interesse irgendwie mit Kulturförderung, mit Umzug meinetwegen usw. usf. in den Griff kriegen?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

So ist es aber völlig unrealistisch, was Sie hier machen.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] macht eine verneinende Geste.)

- Sie schütteln den Kopf, Frau Martin. Wir werden uns spätestens in einem Jahr darüber wieder austauschen.

Es wird in der Realität so kommen: Ihr B-Plan wird so, wie Sie ihn heute probieren zu beschließen,

## 6. Sitzung vom 6. Mai 2021

## Seite 44

(vom Redner ungelesene Fassung)

nicht kommen. Das Schlimme daran ist, dass wir jetzt wieder mindestens ein Jahr haben, in dem nichts passiert und in dem der Bestand im Belgischen Viertel sich ändert, und dann ist schon wieder ein Stück in die Richtung alles weiter manifestiert, eine Richtung, die wir nicht haben wollen, nämlich zu Ungunsten des gemischten Gewerbes und zu Ungunsten der Wohnsituation und zu Gunsten der Gastronomie und der Büdchenkultur. - Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

**Volker Görzel (FDP):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Bezirksbürgermeister aus der Innenstadt Andreas Hupke! Andreas, ich glaube, es gibt kaum ein Thema, über das du in der Bezirksvertretung Innenstadt oder ich, der früher auch in der BV 1 war, so häufig in den letzten 15 Jahren diskutiert hat wie über den Brüsseler Platz bzw. das Belgische Viertel. Wie viele unzählige Bürgerbesprechungen haben wir durchgeführt, wie viele unzählige Verfahren?

Ich erinnere die Jüngeren, die das wahrscheinlich noch gar nicht miterlebt haben, weil sie damals noch gar nicht in Köln wohnten: Es gab ein Schlichtungs- bzw. ein Moderationsverfahren mit einem fast sechsstelligen Betrag, in dem versucht wurde, alle Interessen zusammenzuführen. Wir haben Gerichtsverfahren bis zum Oberverwaltungsgericht geführt. Wir haben einen sogenannten Modus Vivendi vereinbart mit einem Ziel: Interessen auszugleichen, das Belgische Viertel zu befrieden.

Wir hätten ein Mosaikstück in diesen Frieden auf der letzten Ratssitzung einbauen können. Es lag eine beschlussreife Vorlage vor, die Kollegen der Grünen und der CDU haben sich zugerufen, wir hätten heute entscheiden können, und dann haben die Freunde von Volt gesagt: Wir müssen noch einmal nachdenken, wir schieben das. - Seitdem ist das Belgische Viertel gespalten, wie ich es in 15 Jahren noch nicht erlebt habe.

Niklas, du hast eben schön verklärt gesagt: Das wird diskutiert. - Diskurs ist gut, aber derart gehässige Äußerungen von Nachbarn bzw. von Anwohnern zueinander habe ich in 15 Jahren noch nicht erlebt. Das ist für mich ein unhaltbarer Zustand. Wir müssen diese Baustelle heute schließen.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Voltis, es tut mir leid, aber ihr habt diese Spaltung, diese Zustände im Belgischen Viertel in den letzten zwei Monaten mit eurem Antrag herbeigeführt. Das gehört zur Wahrheit dazu.

Was hätte denn die alte Vorlage gesagt? - Wir hatten einen Freeze-in. Keinem Anwohner, keinem Gewerbetreibenden, keinem Clubbesitzer wäre etwas weggenommen worden. Nichts! Bestandschutz. Selbst das Veräußern von Gaststätten wäre nicht möglich gewesen - Bestandsschutz. Keinem wäre etwas genommen worden.

Dieser Konsens, der von der Verwaltung mit der Bürgergesellschaft ausgehandelt wurde, wird heute aufgemacht. Es glaubt doch niemand hier im Raum, dass dieses Verfahren nur fünf Monate dauert. Es glaubt doch niemand in diesem Raum, dass diese gehässigen nachbarschaftlichen widerstreitenden Interessen aufhören. Das Gegenteil wird der Fall sein. Jetzt geht es doch erst richtig los.

Die Lösung habt ihr geliefert: Grüne und CDU. Ihr habt in der letzten Sitzung zum 25. März einen Antrag aus der BV Innenstadt von Andreas Hupke und seinen Leuten übernommen. Das wäre eine Lösung gewesen. Hier hätten wir die Vorlage der Verwaltung beschlossen, hätten uns das angeschaut und in Ruhe die Interessen ausgeglichen. Dieser Weg wurde nicht beschritten, lieber Niklas Kienitz, liebe Frau Martin. Stattdessen habt ihr euch für einen anderen Weg entschieden. Ihr könnt euch allerdings noch umentscheiden; denn wir haben euren Antrag und die Entscheidung der BV Innenstadt vom 11. März dieses Jahres euch zur Abstimmung vorgelegt als Tischvorlage, als Änderungsantrag. Wir können hier heute dieses Fass zumachen und das Belgische Viertel befrieden, statt zu spalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

**Jennifer Glashagen (Volt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich meinen beiden Vorrednern auf gar keinen Fall anschließen. Als politische Vertreter\*innen der Kölnerinnen und Kölner ist es unsere Pflicht, die Stimme der Anwohner zu diesem Thema zu hören. Genau das konnten wir in den vergangenen sechs Wochen seit der Anmeldung unseres

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 45**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Beratungsbedarfs tun. Dafür, dass Sie diesem mehrheitlich zugestimmt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchten wir Ihnen ausdrücklich unseren herzlichen Dank sagen.

Wir möchten auch den Vertreter\*innen der Verwaltung für ihre intensive Arbeit danken, die seit 2016 in den Bebauungsplan fließt, und für die aufschlussreichen Gespräche, die uns allen während der letzten sechs Wochen sehr weitergeholfen haben. Herzlichen Dank.

Der vorliegende B-Plan soll städtebauliche Fehlentwicklungen verhindern und den Wohnraum und dessen Anwohnende schützen. Das ist richtig und wichtig. Aus diesem Grund möchten wir nicht den Bebauungsplan verhindern. Wir sehen in der aktuellen Fassung Verbesserungspotenzial; denn im Belgischen Viertel leben nicht nur Menschen, sondern viele üben vor Ort ihren Beruf aus. Anwohnende sowie Gastro- und Gewerbetreibende haben vielfach im persönlichen Gespräch und gemeinschaftlich deutlich gemacht, dass die vorliegende Entwurfsfassung den Status quo der Nutzung im Viertel nicht im erforderlichen Umfang erfasst und die vorhandenen gewerblichen und gastronomischen Nutzungen langfristig unverhältnismäßig einschränken.

Die Sorge und Bedürfnisse möchten wir auch berücksichtigen; denn so unterschiedlich die Interessen auch sein mögen, es herrscht doch Konsens darüber, dass man den einzigartigen Charakter des Viertels und seine Lebensqualität dort erhalten möchte.

Zur Klarstellung: Die Beruhigung des Brüsseler Platzes - da möchte ich noch einmal das betonen, was in den ersten Reden betont worden ist - ist durch den Bauungsplan nicht zu erreichen, wie die bisherigen verwaltungsrechtlichen Verfahren über Lärmstörungen zeigen. Hier braucht es stattdessen weiterhin ordnungsrechtliche Maßnahmen.

Die angestrebten Änderungen dienen der Kompromissfindung zwischen der politischen Notwendigkeit des Wohnraumerhalts im Belgischen Viertel und dem Mindestmaß der Existenzsicherung von Gast- und Gewerbetreibenden im Viertel. Somit wird der Status quo erhalten.

Aufgrund der angestrebten Änderungen wird eine erneute Offenlegung erforderlich. Das ist so. Diese Zeit ist aus unserer Sicht jedoch zu verkraften angesichts der Verzögerungen, die Normenkontrollverfahren anstelle dessen durch die betroffenen Gastronomie und Gewerbebetriebe mit sich bringen würden.

Demokratie lebt von Diskussion, und sie macht Kompromisse erforderlich, um Lösungen zu finden, die für alle Beteiligten tragbar sind. Wir hoffen, hier auf einer gemeinsamen, sehr großen politischen Basis einen solchen gefunden zu haben, und möchten Sie daher bitten, unserem gemeinsamen Änderungsantrag zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, beim Bündnis 90/Die Grünen und vereinzelt bei der CDU und der SPD)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** Vielen Dank. - Zu den Inhalten und den Gründen, warum wir es richtig finden, dass diese Diskussion noch einmal weitergeführt wurde, wurde gerade schon ausreichend Stellung genommen.

Ich möchte nur noch einmal ausdrücklich auch seitens der KLIMA FREUNDE hinzufügen, dass wir auch den Kolleg\*innen von Volt sehr dankbar sind, dass sie das möglich gemacht haben, und möchte an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich sagen, dass das nun einmal so ist, wie Demokratie funktioniert. Wenn Wahlen stattgefunden haben und neue Kräfte in den Rat gekommen sind und neue Menschen, die bisher eben nicht - wie gerade gesagt wurde - seit vielen Jahren schon dabei sind, sondern sich in die Themen neu einzuarbeiten haben, dann ist es einfach nur legitim, dass solche Diskussionen noch einmal aufgemacht werden und die Dinge noch einmal neu besprochen werden. - Vielen Dank.

(Beifall von den Zuschauerplätzen)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Herr Bezirksbürgermeister Hupke, wünschen Sie das Wort?

(Bezirksbürgermeister Andreas Hupke [Innenstadt] nickt)

Ja, dann habe ich es richtig gesehen.

**Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt):** Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Schirmen! Ich habe das Werk einmal mitgebracht. Das ist der Bebauungsplan.

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 46**

(vom Redner ungelesene Fassung)

(Der Redner hält einen dicken Hefter hoch)

Geschätzt 1,5 Kilogramm schwer. Das ist ein bisschen zu viel, aber 1 Kilogramm ist es.

Ich will auch nicht mehr auf die inhaltlichen Diskussionen eingehen. Die sind geführt worden, daher wäre das auch hier in Anbetracht der drei Minuten verschwendete Zeit. Ich wollte nur kurz noch anmerken, wie ich eben sagte: Ich bin zweimal gewählt worden, einmal von den Bürgerinnen und Bürger in die Bezirksvertretung, und ich bin von allen Kolleginnen und Kollegen der Bezirksvertretung zum Bezirksbürgermeister einstimmig gewählt worden. Dann ist es meine Pflicht, Beschlüsse und die Interessen des Bezirkes zu vertreten. Wenn ich dann in den sogenannten sozialen Medien oder sonst irgendwie ins Fadenkreuz genommen werde, sage ich den Menschen, die das machen: Das ist nicht okay, lasst uns einfach, was das angeht, mit Respekt umgehen, sonst funktioniert das nicht.

Es ist auch meine Erfahrung, wie Völker Görzel das eben gesagt hat: Wir sind fast 15 Jahre an dem Thema. Seitdem bin ich dabei und kenne mich da auch aus. Das, was mich auch erschreckt hat, ist, dass ich die letzten Wochen gesehen habe, wie tief der Graben ist. Ich habe jetzt die Hoffnung, dass sehr viel hinter diesem Antrag stehen, und ich danke auch allen Rednerinnen und Rednern, die heute hier zu diesem Bebauungsplan aus ihrer unterschiedlichen Opposition heraus gesprochen haben.

Das, was mir allerdings Sorgen macht - das ist jetzt die hohe Kunst der Juristinnen und Juristen in der Verwaltung, aber auch im Rat, die hier sind -, ist, ob das rechtlich so zu halten ist, dass in diesem Zeitabschnitt, bis es wieder hier im Rat ist, gar nicht so viel passiert. Das ist Ihre Verantwortung. Sie sind jetzt hier am Ruder.

Ich will zum Schluss sagen: Die beste Möglichkeit wäre, wenn solche Kommunen wie die Stadt Köln in einer besseren Situation sein würden, dass sie mehr Möglichkeiten hätten beim Vorkaufsrecht und natürlich auch das Geld hätten. Wenn die Kommune dann die Häuser kaufen könnte, in denen diese Clubs und diese schönen Geschäfte drin sind, die wären dann nicht den heftigsten Kräften des Marktes ausgesetzt, die Kommune könnte eine vernünftige Miete nehmen, wie das in Wien der Fall ist - Viertel wie in Wien -, dann hätten wir auch Frieden. Dafür kämpfe ich in der Zukunft. Da können Sie mich beim Wort nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

**Oberbürgermeisterin Henriette Reker:** Vielen Dank. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Ich gehe davon aus, dass sich der Änderungsantrag der SPD durch die Verbindung mit den anderen Fraktionen erledigt hat.

(Christian Joisten [SPD] und Mike Homann [SPD] nicken.)

Als Zweites lasse ich über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt, KLIMA FREUNDE und GUT und dann über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen.

Zunächst lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Wortmann, DIE LINKE und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den soeben genannten Änderungsantrag der vielen Fraktionen abstimmen.

(Unruhe)

Wer wünscht, dagegen zu stimmen?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das war eben nicht zu hören! Das war der große Antrag?)

- Entschuldigung, es war ja hier auch eine Diskussion.

Also, ich lasse über den Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, CDU, Volt, KLIMA FREUNDE und GUT abstimmen. Wer dagegen stimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die AfD, die FDP und Herr Wortmann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Das sind die FDP, Herr Wortmann, DIE LINKE und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu:

**12.3 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 7340/02**  
**Arbeitstitel: Kölner Str./Hauptstraße in Köln-Porz und Köln Porz-Ensen**  
**0907/2021**

**6. Sitzung vom 6. Mai 2021****Seite 47**

(vom Redner ungelesene Fassung)

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Ich komme zu den Gremienbesetzungen unter Tagesordnungspunkt 17. Meine Damen und Herren, sind Sie bereit zur Abstimmung?

(Niklas Kienitz [CDU]: Sehr gern!)

Danke schön.

**17 Gremienbesetzungen****17.1 Besetzung der Ausländerrechtlichen Beratungskommission (ABK) für die Wahlperiode 11-2020 - 2025  
3683/2020**

Wir stimmen ab wie AVR, Anlage 2, mit folgenden Ergänzungen: bei den Mitgliedern in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission: Stellvertreter für die SPD-Fraktion Eli Abeke und für Volt als Mitglied Stephanie Sczuka und als Stellvertreter Lars Müller.

Wir stimmen auch über den Vorschlag des Integrationsrates, Anlage 1, ab: Anna Maria Klimaszewska-Golan als Mitglied und Carine Weber als Stellvertreterin.

Über die so ergänzte Vorlage lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist so beschlossen.

**17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln  
0348/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.3 Neuwahl eines beratenden JHA-Mitglieds  
1095/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.4 Neuwahl eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie  
1182/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.5 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds  
1096/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.6 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Wahl eines neuen Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Akademie der Künste der Welt/Köln gGmbH“  
AN/0970/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.7 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Entsendung in Unterausschüsse und den AR KGAB“  
AN/0984/2021**

Ich stimme ab ohne Ziffer 1. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.8 Antrag der Fraktion Volt betreffend „Neubesetzung des sachkundigen Einwohners der Volt-Fraktion für den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit“  
AN/0999/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.9 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen - Hauptausschuss“  
AN/1000/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.10 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Umbesetzung in den Ausschüssen - Rechnungsprüfungsausschuss“  
AN/1001/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.11 Antrag der Gruppe GUT betreffend „Nachbesetzung Sachkundige\*r Einwohner\*in im Ausschuss Schule und Weiterbildung“  
AN/1003/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

**17.12 Benennung von Mitgliedern des Kuratoriums für die Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises der Stadt Köln  
1593/2020**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.  
Dann ist so beschlossen.

Dann stelle ich jetzt die Nichtöffentlichkeit her,  
weil wir keine Dringlichkeitsentscheidungen im öffentlichen Teil zu genehmigen haben. Ich bitte, die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 19.23 Uhr)



**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 4.4****zu Protokoll gegebene Nachfragen zur Beantwortung der Verwaltung auf die Fragen der Fraktion DIE LINKE AN/0998/2021**

1. *Als Begründung, warum der seit März 2020 vorliegende Bericht den politischen Gremien erst ein Jahr später vorgelegt worden ist, verweist die Verwaltung auf die zunächst verwaltungsintern durch alle betroffenen Dezernate erfolgte Überprüfung und Bewertung. Auch sei das weitere Vorgehen abgestimmt worden. Es sei zusammengetragen worden, welche Maßnahme aus der Analyse abgeleitet werden können und welche dieser Maßnahmen bereits von der Verwaltung ergriffen worden sind oder geplant sind. Zudem sein ein Austausch über mögliche Konsequenzen und Anpassungen wichtig gewesen.*

*Welche Maßnahmen sind aus dieser Überprüfung und Bewertung abgeleitet worden und welche dieser Maßnahmen bereits von der Verwaltung ergriffen worden oder sind geplant?*

2. *Die durch den Lebenslagenbericht identifizierten Stadtteile mit „stark erhöhten Problemlagen“ liegen nach Auskunft der Verwaltung „nahezu alle in den vorhandenen Sozialraumgebieten“.*

*Welche durch den Lebenslagenbericht identifizierten Stadtteile mit „stark erhöhten Problemlagen“ liegen nicht in einem vorhandenen Sozialraumgebiet, und beabsichtigt die Verwaltung, diese Stadtteile in das Programm „Lebenswerte Veedel“ aufzunehmen?*

**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 6.1.2****zu Protokoll gegebene Rede**

**Teresa De Bellis-Olinger** (CDU): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es freut mich außerordentlich, dass wir heute die Stellplatzsatzung verabschieden. Man kann trefflich darüber diskutieren, ob man eine solche Stellplatzsatzung braucht oder nicht. Wir meinen, dass ein völliger Verzicht auf eine Stellplatzregelung, wie es in Berlin und Hamburg der Fall ist - diese werden immer wieder als Beispiel angeführt -, bei uns schlichtweg nicht sinnvoll ist, weil es dort - in Berlin und Hamburg - wesentlich mehr öffentlichen Raum für den ruhenden Verkehr gibt.

Ich möchte auf die aus unserer Sicht wichtigsten Neuerungen eingehen. Dazu gehört auch der Wunsch der Wohnungswirtschaft, und zwar, dass die Zahl der notwendigen Stellplätze bei Bedarf leichter erhöht werden kann, da keine aufwendigen Gutachten erforderlich sind.

Blick auf die Ortsteile, die nicht schienengebunden sind und somit andere Mobilitätsvoraussetzungen mit sich bringen: Hier sind wir der Ansicht, dass keine Reduzierung erforderlich ist, und das spiegelt sich in unserem Änderungsantrag wider. Das Punktesystem haben wir uns in Baden-Württemberg abgeschaut.

Kurz zusammengefasst: Je näher ein Haus am schienengebundenen ÖPNV steht, desto weniger Stellplätze müssen nachgewiesen werden. Um ein für Köln praktikables Punktesystem zu erstellen, wird uns die Verwaltung noch in diesem Jahr Vorschläge unterbreiten.

Ein besonderes Augenmerk haben wir bei Nutzungsänderungen von denkmalgeschützten und historisch bedeutenden Gebäuden gelegt. Hier kann die Verwaltung bei einer kulturellen Folgenutzung auf die Schaffung von Stellplätzen verzichten.

Ich möchte noch auf eine weitere wichtige Änderung eingehen: Neben dem ÖPNV gewinnt das Fahrrad immer mehr an Bedeutung. Deshalb ist es nur konsequent, dass sich das Fahrrad nun auch in der neuen Stellplatzsatzung wiederfindet. Die Räder werden immer größer und teurer, so dass der Anspruch besteht, diese wetterfest und sicher abzustellen.

Zu den autofreien Quartieren sind wir der Auffassung, dass sie möglich sein müssen. Allerdings darf der ruhende Verkehr nicht zulasten der bereits bestehenden Quartiere gehen. Aus der Erfahrung in Nippes haben wir gelernt.

Last, but not least haben wir auch gern die Änderung, die wir für den sozialen Wohnungsbau vorgesehen haben, den wir noch einmal deutlich erleichtern, berücksichtigt, um ihn auch für Bauherren attraktiver zu machen, da wir dort davon ausgehen, dass in der Regel nicht so viele Stellplätze notwendig sind. Das zeigt schon die Realität, und das kann uns wirklich helfen, die Baukosten nachhaltig zu senken.

Ich möchte es kurz machen: Wir schaffen mit der neuen Stellplatzsatzung, die dann endlich in Kraft treten kann, mehr Flexibilität und bauen vor allem auch kostentreibende Investitionshemmnisse für den Wohnungsbau ab. Insofern können wir wirklich sagen: Es ist ein guter Tag. Es hat etwas länger gedauert, aber wir haben als Bündnis einen guten Antrag auf den Weg gebracht.

Vielleicht wird es das nächste Mal schneller gehen. Wir arbeiten alle fleißig daran.

**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 6.1.2****zu Protokoll gegebene Rede**

**Lars Wahlen** (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Stellplatzsatzung entspricht unserer Überzeugung, dass private Pkw auch auf privaten Stellplätzen stehen sollen, damit der öffentliche Raum auch dem öffentlichen Leben dienen kann.

Mit unserem gemeinsamen Änderungsantrag haben wir uns bemüht, auch die vielen guten Anregungen der anderen Fraktionen aufzugreifen. So stellt unser Änderungsantrag sicher, dass insbesondere Wohnungen im geförderten Wohnungsbau nicht an der Stellplatzpflicht scheitern werden. Auch nehmen wir Veränderungen vor, um die Anzahl der Stellplätze an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen - etwa, um zu verhindern, dass bei Schulbauten zu viel Platz von Parkplätzen verbraucht wird. Zusätzlich machen wir einen Vorschlag, wie die Stellplatzsatzung in Zukunft noch besser auf die Qualität des ÖPNV abgestimmt werden kann.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 7.2.1****zu Protokoll gegebene Rede**

**Jennifer Glashagen** (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Aus den Fenstern unserer Fraktionsgeschäftsstelle im Spanischen Bau blicken wir auf ein Areal, das von vielen als die „spannendste Baustelle Deutschlands“ bezeichnet wird. Die Volt-Fraktion betrachtet das Museumsprojekt MiQua als bedeutsames Projekt für Köln - gerade in diesem Jahr, in dem wir 1 700 Jahre dokumentiertes jüdisches Leben in Deutschland feiern, und das in der Stadt der nachweislich ältesten jüdischen Gemeinde nördlich der Alpen.

Im Spanischen Bau freuen wir uns, beim Blick aus dem Bürofenster zu sehen, wie das Konstrukt der MiQua Gestalt annimmt und in die Höhe wächst. Wir freuen uns jedoch weniger über den Anblick der ebenfalls in die Höhe wachsenden Kosten des Projektes. Mit Blick auf den in Deutschland zunehmenden Antisemitismus darf an den Sicherheitskosten keinesfalls gespart werden. Allerdings haben wir als Fraktion im Vorfeld um Transparenz hinsichtlich möglicher Alternativen gebeten. Dabei geht es uns ausdrücklich nicht um Schuldzuweisungen bezüglich der Kostensteigerung, sondern um ein offenes Aufzeigen unserer Möglichkeiten. Gerade als neue Fraktion im Rat wollen wir eine derartig drastische Kostensteigerung nicht einfach so „abnicken“.

Deshalb wünschen wir uns in diesem Antrag mehr Transparenz hinsichtlich alternativer Möglichkeiten. Die bereits kommunizierten Alternativen möchten wir daher gern in der in einer der nächsten Sitzungen folgenden Beschlussvorlage enthalten sehen, um hier als politische Vertretung der Kölnerinnen und Kölner eine vollumfänglich informierte Entscheidung treffen zu können.

In Anbetracht der Tatsache, dass eine alternative Variante des architektonischen Oberbaus eine Einsparung von 25 Millionen Euro mit sich bringt, von der die museale Nutzung nicht tangiert wird, müssen wir uns die Frage stellen, warum der Rat nicht die Möglichkeit bekommen soll, über diese Alternative abstimmen zu können.

Wir möchten uns daher bei Herrn Greitemann für die Zusicherung dieser Möglichkeit im Finanzausschuss vom 3. Mai 2021 bedanken.

*In Zukunft wünschen wir uns eine realistische und ehrliche Kommunikation bei der Planung von Bauvorhaben wie der MiQua, die für Köln von einmaliger Bedeutung sind.*

**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 10.8****zu Protokoll gegebene Rede**

**Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE):** In der Beschlussvorlage der Verwaltung ist in Bezug auf Klimaauswirkungen „NEIN“ angekreuzt. Dass dies der Wahrheit entspricht, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Wo fallen bei einem Livestream üblicherweise Ressourcen an? - Auf dem Server für das Streaming, bei der Produktion der Hard & Software für die gesamte Infrastruktur, und selbst wenn das CO<sub>2</sub>-neutral wäre, können wir gar nicht sicherstellen, dass alle Konsument\*innen des Streams erneuerbare Energien nutzen, geschweige denn die gesamte Serverinfrastruktur, die es braucht, bis der Stream zu ihnen kommt.

Streaming verbraucht je nach Zugriffsbedingungen etwa 0,025 bis 0,23 kWh pro Gigabyte. In Deutschland hatten wir 2019 beim bundesweiten Strommix Emissionen von 401 Gramm CO<sub>2</sub> pro kWh Strom. Das macht auf Grundlage dieser Zahlen (0,2 kWh pro GB angenommen) bei einer Ratssitzungslänge von insgesamt 5 Stunden und Streaming bei Auflösung 1080p 30 fps (Annahme 4 000 kB/s, ähnlich bei Youtube) insgesamt 72 GB Daten und damit 72 GB mal 0,20 kWh/GB, macht das 14,4 kWh und damit 5,8 Kilogramm CO<sub>2</sub> pro Zuschauer.

Anhand der Zugriffszahlen kann man es einmal schätzen: Es sind im Schnitt etwa 2 000 Menschen, die durchgängig dranbleiben. Das sind dann 11 600 Kilogramm CO<sub>2</sub>-Emissionen insgesamt pro Ratssitzung.

Natürlich sind solche Rechnungen von vielen Variablen abhängig, aber es zeigt, wie schnell man die Klimaauswirkungen unterschätzt und man dann mal eben „NEIN“ ankreuzt.

Das zeigt auch: Wir müssen bei allen digitalen Projekten/Diensten auch Suffizienz mitdenken, das heißt niedrige Auflösung, zum Beispiel 360 p als Standard für Stream/Mediathek setzen, generell die Bitrate niedrig halten und herausfinden, wie lange die Videos wirklich vorgehalten werden müssen (eventuell anhand der Aufrufe) in der Mediathek, da diese speicherintensiv sind.